



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

DENK  BUNT

Vorwort	5
Das Thüringer Landesprogramm	6
Warum ist das Landesprogramm notwendig?	8
Welche Ziele verfolgt das Landesprogramm und wie werden diese umgesetzt?	14
Wie erreicht das Landesprogramm seine Ziele konkret?	16
Welche Projekte werden noch gefördert?	20
Der „Thüringer Demokratiepreis“ – Auszeichnung für besonders gute Ideen	22
Beratungsangebote	24
Verbandsprojekte	30
Schulprojekte	34
Landesweite Präventionsprojekte	38
Modellprojekte	40
Fortbildungsangebote	42
Lokale Partnerschaften für Demokratie	44





Vorwort des Thüringer Ministers für Bildung, Jugend und Sport
Helmut Holter zur Imagebroschüre des Landesprogramms für
 Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Eine offene und demokratische Gesellschaft braucht engagierte und couragierte Menschen jeden Alters, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss Tag für Tag immer wieder neu geschützt und gestärkt werden. Nur so können wir schmerzhaft Erfahrungen aus der Vergangenheit vermeiden, die uns vor Augen geführt haben, was es bedeutet, wenn gewalttätige Konflikte in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung getragen werden.

Mit dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hat die Thüringer Landesregierung im Jahr 2010 eine gemeinsame Forderung aller Fraktionen im Thüringer Landtag umgesetzt, alle entsprechenden Maßnahmen gegen jede Art von Demokratiefeindlichkeit in einem Landesprogramm zu bündeln, Handlungsstrukturen aufzuzeigen und stetig weiterzuentwickeln.

Nun liegt eine überarbeitete Fassung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vor. Es ist darauf ausgerichtet, dass möglichst viele Menschen Angebote zur Beteiligung erhalten. Mit einer neuen inhaltlichen Schwerpunktsetzung, einer Strategie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, stellen wir uns der Tatsache, dass diskriminierende und antidemokratische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen, dem wir begegnen müssen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass die Freiheit der Projektträger gewahrt bleibt und sie vor dem Hintergrund des Leitbildes des Landesprogramms in Eigenverantwortung spezifische Konzepte und Maßnahmen umzusetzen.

Mit der Weiterentwicklung des Landesprogramms bringen wir unsere Unterstützung für das bedeutende Engagement vieler Einzelpersonen, von Vereinen und Verbänden zum Ausdruck, die sich fortwährend und oft unter hohem persönlichem Einsatz für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen. Wir wollen sie ermutigen, in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Sie sind die Vorbilder für unsere Gesellschaft, denn sie machen Anderen Mut, es ihnen gleichzutun. Machen Sie mit – eine starke Zivilgesellschaft ist jede Mühe wert!

A handwritten signature in black ink that reads "Helmut Holter". The script is fluid and cursive.

Helmut Holter
 Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport



Engagement für Menschenrechte unterstützen und fördern

Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“



„Eine lebendige Demokratie ist auf das demokratische und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen“

Enver Şimşek, Inhaber eines Blumenhandels, ermordet am 11. September 2000 in Nürnberg, ist der erste von neun Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund, die zwischen 2000 und 2006 aus nächster Nähe erschossen wurden. Die Polizei ermittelt zunächst im persönlichen Umfeld der Opfer, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Ein rechtsextremer Hintergrund wird von den Ermittlern ausgeschlossen. Rechtsextreme Hintergründe wurden ebenso beim Mord an der 22-jährigen Bereitschaftspolizistin Michèle Kieseewetter sowie bei drei Sprengstoffanschlägen und 15 Raubüberfällen, begangen zwischen 1998 und 2011, ausgeschlossen. Die Polizei ermittelt auch hier erfolglos.

Schließlich stellt sich im November 2011 durch den Doppelselbstmord von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt und einem Bekennervideo, das Beate Zschäpe in Umlauf brachte, heraus, dass alle oben genannten Straftaten aus Rassismus begangen wurden. Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, die sich inzwischen der Polizei in Jena gestellt hat, waren der Kern der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und der Polizei nicht unbekannt.

Damit findet eine der schlimmsten Serien von Raub, Brandstiftung, Sprengstoffanschlägen und Mord zunächst ihr Ende. Doch zugleich beginnt eine lange Phase der Aufarbeitung; im Deutschen Bundestag und mehreren Landesparlamenten, darunter Thüringen, werden Untersuchungsausschüsse gebildet, der sogenannte NSU-Prozess, bei dem unter anderen Zschäpe angeklagt ist, dauert bis heute an. Die jahrelang erfolglosen Ermittlungen führten zu einer schweren Krise der deutschen Sicherheitspolitik. Im Zuge der Untersuchungen ergaben sich ernste Versäumnisse der Behörden, drastische Fehleinschätzungen der Gefährdung durch den Rechtsterrorismus und fehlende Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Behörden. Hinzu kam eine fehlende Sensibilität der Bevölkerung.

Nicht zuletzt aus der Notwendigkeit heraus, dem etwas entgegenzusetzen, beschloss die Landesregierung Thüringens, das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ zu überarbeiten und deutlich auszubauen. Denn die Straftaten des Nationalsozialistischen Untergrunds sind lediglich extreme Auswirkungen von ausgrenzenden, diskriminierenden, menschenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen, die bereits, wie verschiedene Studien zeigten, in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind.

Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ wurde erarbeitet, gestartet und stetig weiterentwickelt mit dem Ziel, solchen ausgrenzenden Einstellungen entgegenzuwirken oder sie von vornherein zu verhindern. Es ist ein Programm, das die Zivilgesellschaft stärken, aufklären und die demokratische Teilhabe unterstützen will. Und es richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens.

Warum ist das Landesprogramm notwendig?

Dafür stellt das Land seit dem Beginn des Landesprogramms finanzielle Mittel zur Verfügung, gegenwärtig rund fünf Millionen Euro pro Jahr. Diese finanziellen Mittel werden eingesetzt, um Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, „demokratische und menschenrechtsbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln, zu festigen und weiterzugeben“. Denn: „Eine lebendige Demokratie ist auf das demokratische und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen“, heißt es im Landesprogramm.

Die konkrete Umsetzung geschieht über verschiedene Wege. Zum einen werden Akteurinnen und Akteure, Initiativen und Projekte vor Ort unterstützt. Das können einzelne Aktivitäten während eines überschaubaren Zeitraums sein, aber auch langfristige Projekte, die sich gut bewährt haben. Gleichzeitig versteht sich das Landesprogramm als Strategie, die in den diversen Politikfeldern umgesetzt wird.

Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ wird über eine Koordinierungsstelle, dem Landes-Demokratiezentrum, gesteuert und ist beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) angesiedelt.

Warum ist das Landesprogramm notwendig?

Es gibt in unserer Gesellschaft Werte, die über allen anderen stehen: Wir bekennen uns ohne Einschränkungen zu den Menschenrechten und achten die Untastbarkeit der Würde jeder und jedes Einzelnen. Diese Werte bilden die Grundlage unserer staatlichen Gemeinschaft. Doch oft genug werden sie geringgeschätzt, missachtet und verletzt.

Seit dem Jahr 2000 findet jährlich eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen statt – der Thüringen-Monitor. Hier wurden und werden immer wieder Gefährdungen der demokratischen Kultur festgestellt, insbesondere Einstellungen und Verhaltensweisen aus dem Bereich der

Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, aber auch weitere Formen der Ablehnung demokratischer Kultur und religiöser Freiheit. Gruppenbezogene Menschenfeind-

lichkeit sind diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen zu Menschengruppen mit unterschiedlicher sozialer, kultureller, religiöser, ethnischer und geschlechtlicher Orientierung. Das manifestiert sich in Abwertungen, Vorurteilen und Diskriminierungen.

Nach den Ergebnissen des Thüringen-Monitors steigen rechts-extreme Einstellungen in der Bevölkerung Thüringens weiter an, so im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr von 16 auf 19 Prozent. 41 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer neigen zu Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Dabei ist neben den Einstellungen eine zunehmende Radikalisierung und eine Zunahme von rassistischer und rechtsextremer Gewalt zu beobachten: „Zu den erfassten Gewalttaten zählen Körperverletzungsdelikte mit schwersten Folgen bis hin zum versuchten Totschlag gegen Geflüchtete, politische Gegner und Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren“, wird im Landesprogramm festgestellt. Und: „Politische Einstellungen, die auf der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren, sind in allen Generationen, Schichten und Milieus vorzufinden.“



„Zu den erfassten Gewalttaten zählen Körperverletzungsdelikte mit schwersten Folgen bis hin zum versuchten Totschlag gegen Geflüchtete, politische Gegner und Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren“

Auch wenn der Rechtsextremismus in Thüringen die größte Gefährdung für die Demokratie darstellt, spielen ebenso die gewaltorientierte Durchsetzung religiöser Ziele und die islamistisch fundierte Infragestellung des demokratischen Verfassungsstaates und der Ausübung anderer religiöser Praktiken, insbesondere des jüdischen Glaubens, eine Rolle. Denn auch politisch und religiös motivierte Gewalt ist mit der demokratischen Kultur unvereinbar: „Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihr Recht auf Unversehrtheit.“

„...Chancen, durch gute Regierungstätigkeit und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten die Grundlagen einer offenen Demokratie zu stärken“

Was kann das Landesprogramm der vorhandenen Demokratieskepsis, aber auch der zunehmenden rassistischen und rechtsextremen Gewalt in Thüringen, entgegensetzen?

Diesen demokratieskeptischen und demokratiefeindlichen Tendenzen begegnet das Landesprogramm vor allem mit:

- ❖ einer Stärkung der Zivilgesellschaft
- ❖ Information und Aufklärung
- ❖ Unterstützung und Möglichkeiten demokratischer Teilhabe
- ❖ Auseinandersetzung mit ideologischer Ungleichwertigkeit
- ❖ aktivem und gewaltfreiem Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- ❖ einer Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und Institutionen im kommunalen und sozialen Nahraum
- ❖ einer interkulturellen Öffnung, einem solidarischen Miteinander und einer Orientierung an gesellschaftlicher Vielfalt

Um dies zu erreichen, setzt das Landesprogramm vor allem auf Prävention, also auf Vorbeugung. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden, demokratische und menschenrechtsbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen zu entwickeln, zu festigen und weiterzugeben. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind eine wesentliche, aber nicht die alleinige Zielgruppe des Programms. Denn: Eine lebendige Demokratie ist auf das demokratische und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.





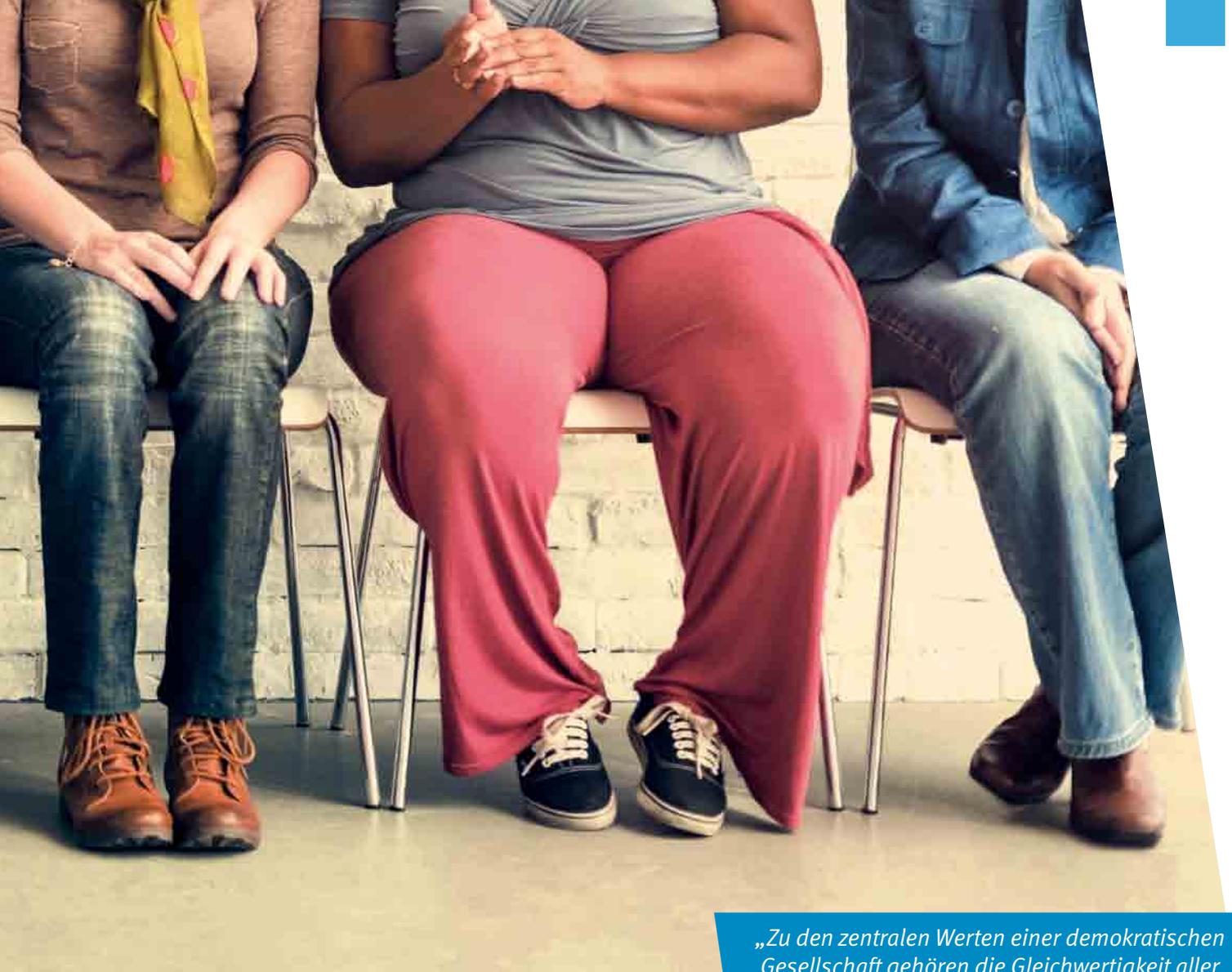
Foto: Shutterstock/ Rawpixel.com

So fördert das Landesprogramm auch den kontroversen politischen Diskurs und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit politischen Themen.

Die Herausforderungen bestehen neben der Distanzierung und Entfremdung von demokratischen Praktiken und Institutionen auch in einer sich durch Migration und Demografie wandelnden

Gesellschaft. Deshalb verknüpft das Landesprogramm an dieser Stelle die Analyse gesellschaftlicher Zustände und Herausforderungen mit Maßnahmen der Prävention und der Intervention.

Aufgabe der staatlichen Organe und der Politik ist dabei, die rechtsstaatliche Ordnung und die Rechte jedes Einzelnen zu schützen. Hier bildet das Landesprogramm eine Orientierung



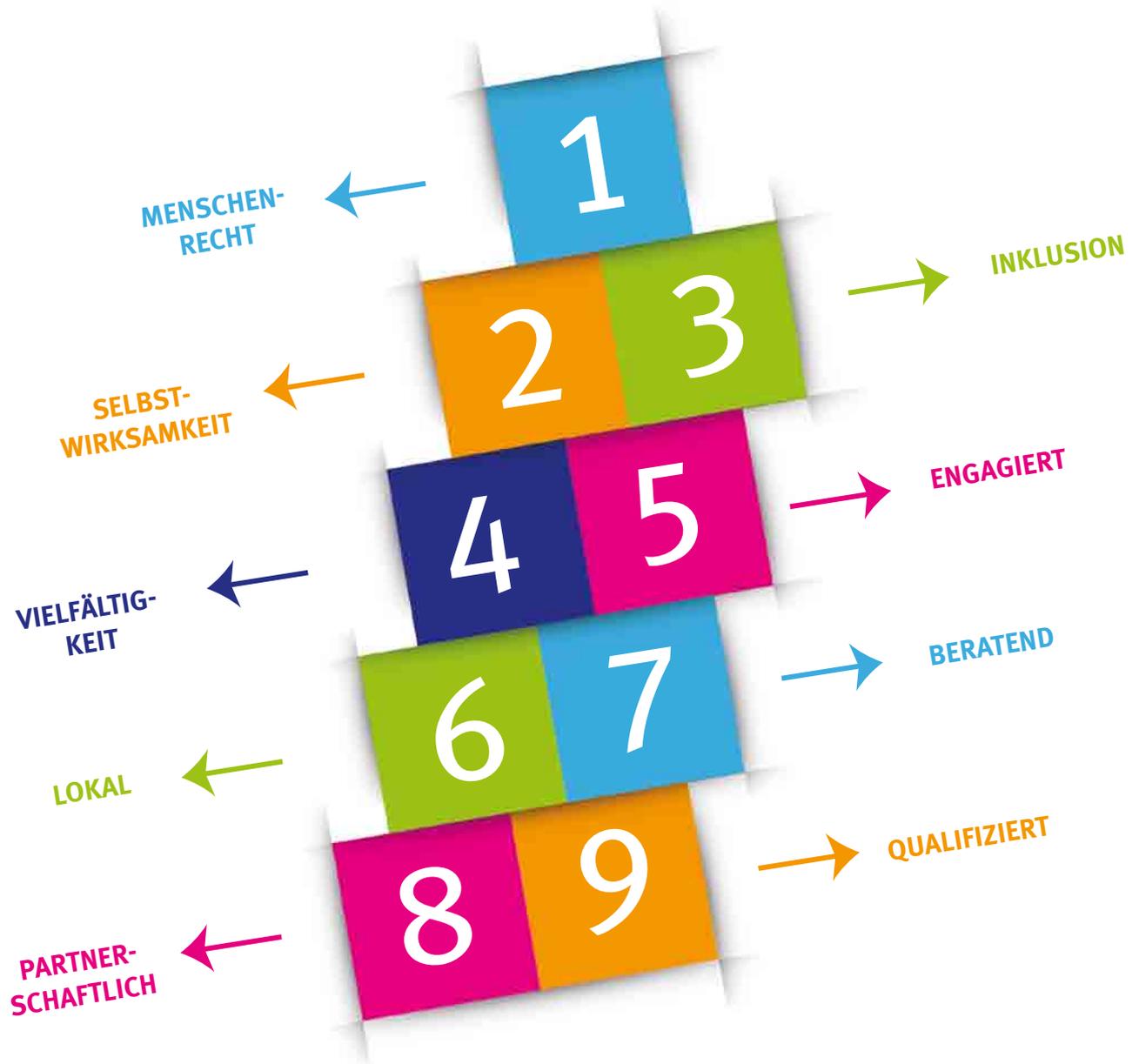
„Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihr Recht auf Unversehrtheit.“

für das Regierungsverhalten und die Landespolitik. Das Landesprogramm unterstützt zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Initiativen und Vereine, die sich für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen engagieren und dadurch demokratische, menschenrechtsorientierte und gewaltfreie Strukturen, Verfahren und Einstellungen stärken. Dafür bietet

das Programm Ressourcen für eigenverantwortliche Maßnahmen. Wichtig ist in diesem Sinne auch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Darüber hinaus wird das Landesprogramm wissenschaftlich begleitet und ist so in einen kritischen Diskurs und eine kritische Analyse eingebettet.

Welche Ziele verfolgt das Landesprogramm und wie werden diese umgesetzt?



Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ hat neun übergeordnete Leitziele. Es unterstützt Information, Prävention, Beratung und Forschung in folgenden Feldern:

1. Menschenrechtsorientierte Einstellungen fördern und demokratische Kompetenzen stärken

Hier bietet das Landesprogramm mit seinen Partnerinnen und Partnern Gelegenheiten und Räume für Diskurse, die durch demokratische Werte geprägt sind und sich an den Grund- und Menschenrechten orientieren. Lernprozesse und Kompetenzen im Sinne einer humanistischen Menschenbildung werden gefördert, ebenso ein Denken in Zusammenhängen und Alternativen, zum Beispiel durch Erinnerungsarbeit. Gesellschaftliche Vielfalt und Diversität soll als Chance und Bereicherung verdeutlicht werden. Inklusion und Interkulturalität werden unterstützt, ebenso wie soziales und gewaltfreies Handeln und gesellschaftliches Engagement.

Hier will das Landesprogramm die Fähigkeit zur Differenzierung und zur gesellschaftlichen Analyse vermitteln, Empathie, Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zur Selbstreflexion entwickeln und Mündigkeit und Autonomie aufbauen.

2. Demokratische Erfahrungsräume ermöglichen

Demokratische Einstellungen und eine entsprechende Alltagspraxis sollen durch Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung, von Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Das Landesprogramm versteht sich als Programm, das „gesellschaftliche und demokratische Bildungs-, Entwicklungs- und Beteiligungsprozesse fördert“.

3. Gesellschaftliche und soziale Inklusionsprozesse gestalten und Antidiskriminierungsarbeit stärken

Hier gilt es, sich kritisch mit Exklusionsprozessen auseinanderzusetzen.

4. Diversität (= Vielfalt) unterstützen

Gesellschaftliche Vielfalt ist ein Merkmal der heutigen pluralistischen Demokratien. Das Landesprogramm will in diesem Sinne eine Öffnung von Institutionen und eine Veränderung von Strukturen unterstützen.

5. Zivilgesellschaftliches Engagement anregen und unterstützen

Staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln sollen Hand in Hand gehen. Das Landesprogramm will insbesondere „dazu motivieren, sich für die Stärkung der Demokratie und für die Umsetzung der Menschenrechte einzusetzen“. Es fördert daher eine „soziale Praxis, die sich vor allem gegen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, des Rechtsextremismus, des Rechtspopulismus und des Neonazismus richtet“.

6. Lokale Aktivitäten unterstützen

„Die Kommune ist ein entscheidender politischer Ort, an dem Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gelebt wird“, heißt es im Landesprogramm. Es will kommunale Akteurinnen und Akteure für ein solches Handeln befähigen und sie in der Umsetzung unterstützen, denn „demokratiefeindliche Aktionen finden an konkreten Orten statt und fordern [...] zu Reaktionen heraus“. Deshalb fördert und unterstützt das Landesprogramm „insbesondere auch Konzepte und Maßnahmen, die lokal und sozialräumlich orientiert und verankert sind“ und hat hier ein breites Netzwerk verschiedener Träger aufgebaut.

7. Beratungs- und Unterstützungssysteme

Hier hilft das Landesprogramm dabei, vielfältige und bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungssysteme zu entwickeln und fördert diese. Die Angebote stellen Personen, Initiativen und Institutionen Kompetenzen und Ressourcen zur Verfügung.

8. Partnerschaft von Staat und Zivilgesellschaft ausgestalten

Ein wichtiger Grundpfeiler des Landesprogramms ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Politik, Staat und der demokratischen Zivilgesellschaft.

9. Qualifizierungsangebote, Begleitforschung

Haupt- und ehrenamtlichen Fachkräfte und engagierte Akteurinnen und Akteure werden systematisch qualifiziert. Die Qualität der einzelnen Angebote wird außerdem stetig weiterentwickelt, bewertet und wissenschaftlich begleitet.



*Mobile Beratung für Opfer rechter,
rassistischer und antisemitischer
Gewalt in Thüringen „ezra“ > Seite 26*

Foto: Drudel11

Wie erreicht das Landesprogramm seine Ziele konkret?

Konkret erreicht das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ diese Ziele, indem es verschiedene Bereiche, die in greifbare Projekte münden, fördert.

1. Das Landesprogramm unterstützt Beratungsangebote

MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus e. V.

Der Verein MOBIT e. V. ist Ansprechpartner zur extremen Rechten und zum Rechtspopulismus in Thüringen. Die Beraterinnen und Berater von MOBIT unterstützen und beraten Menschen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren. Außerdem wollen sie aufklären: „Wir zeigen auf, was in Thüringen passiert, um damit eine Situationseinschätzung für jedermann zur Verfügung zu stellen. Auf unserer Website kann jede und jeder die Chronik der Ereignisse verfolgen.“ (Seite 24)

ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

„Rechts motivierte Gewalt findet überall in Thüringen statt und kann verschiedenste Personen treffen“, sagt Christina Büttner, Projektkoordinatorin von ezra. Menschen, die einen solchen Angriff erlebt haben, aber auch ihre Angehörigen oder Zeugen, können sich an ezra wenden. Ezra bietet ein breit gestreutes Beratungsangebot, kann psychosozial unterstützen, rechtlich beraten, aber auch Begleitung zu Polizei oder Gericht anbieten. (Seite 26)

Der „Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“ vom Verein „Drudel 11“

Ausstiegswillige aus der rechten Szene können sich an den Thüringer Beratungsdienst von Drudel 11 wenden. Sie werden hier beraten, begleitet, setzen sich mit ihrer Vergangenheit auseinander und haben die Möglichkeit, ihre Straftaten aufzuarbeiten und ein extremistisches Weltbild zu hinterfragen. (Seite 28)

2. Das Landesprogramm unterstützt Verbandsprojekte

„Sport zeigt Gesicht! Gemeinsam couragiert handeln“

Das Bildungsangebot des Landessportbundes Thüringen „Sport zeigt Gesicht“ hat zum Ziel, „das soziale und demokratische Fundament des Sports in Thüringen zu stärken, rechtsextremen Gefahren und Erscheinungsformen vorzubeugen oder diesen wirksam begegnen zu können“, erklärt Aenne Kürschner, die das Projekt leitet. Dafür werden verschiedene Wege beschritten. (Seite 30)

„Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen! – Für demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“

Seit 2011 gibt es dieses Programm zur demokratischen Bildung für die Feuerwehren in Thüringen, angesiedelt beim Dachverband der Thüringer Feuerwehr. Anja Rödiger-Erdmann, die Projektleiterin des Programms, sagt dazu: „Wir sind auch nur Menschen und brauchen Angebote und Hilfen, wie wir mit bestimmten Situationen umgehen können. Beispielsweise mit rechtsextremem Gedankengut.“ (Seite 32)

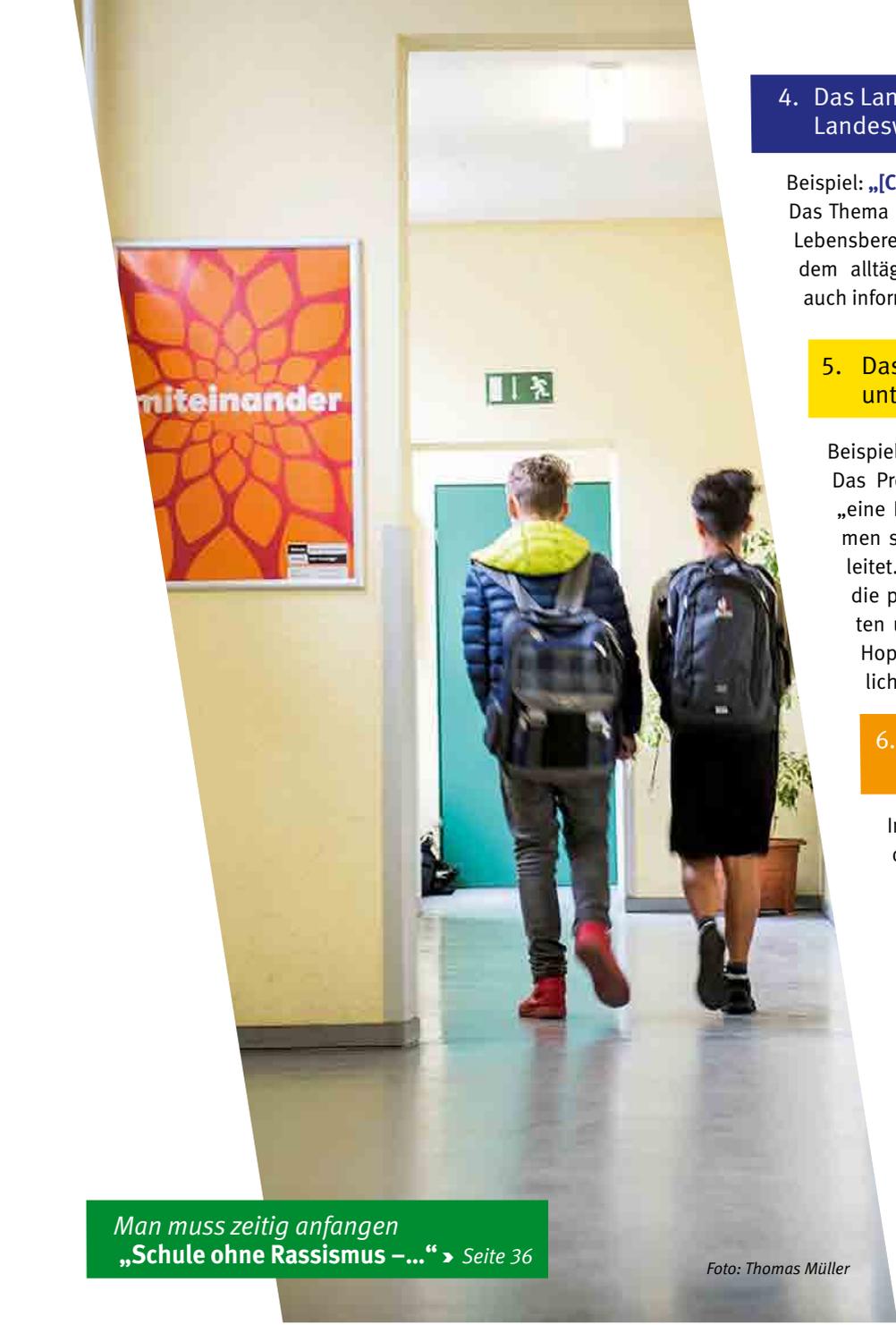
3. Das Landesprogramm unterstützt Schulprojekte

Das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC)

„Wir wünschen uns, dass die Schülerinnen und Schüler couragiertes Handeln lernen. Dass sie zum Beispiel etwas sagen, dazwischen gehen, eingreifen, wenn Mitschülerinnen oder Mitschüler beleidigt werden“, beschreibt Doreen Breuer, Projektleiterin, das Projekt „Netzwerk für Demokratie und Courage“. Dafür werden junge Leute ausgebildet, die Projekttage an Schulen durchführen. (Seite 34)

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR – SmC)

Bereits 46 Schulen in Thüringen tragen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Ein Titel, durch den sich die Schule selbst dazu verpflichtet, sich mit Themen wie Rassismus, Diskriminierung oder Mobbing auseinanderzusetzen. Das Gymnasium Georgianum in Hildburghausen war eine der ersten Schulen bundesweit, die diesen Titel erhielten. (Seite 36)



Man muss zeitig anfangen
„Schule ohne Rassismus –...“ > Seite 36

Foto: Thomas Müller

4. Das Landesprogramm unterstützt Landesweite Präventionsprojekte

Beispiel: **„[CoRa] – Contra Rassismus, pro Migration und Asyl“**
Das Thema Rassismus ist allgegenwärtig und durchzieht alle Lebensbereiche. Dafür sensibilisieren und darüber aufklären, dem alltäglichen Rassismus etwas entgegensetzen, aber auch informieren will das Projekt CoRa. (Seite 38)

5. Das Landesprogramm unterstützt Modellprojekte

Beispiel: **„DisTanZ“ vom Verein Cultures Interactive**
Das Projekt DisTanZ wendet sich an Jugendliche, die „eine Distanz zu ihrer ausgrenzenden Haltung bekommen sollen“, erklärt Peer Wiechmann, der das Projekt leitet. „Das neue und besondere bei uns ist, dass wir die politische extremistische Einstellung mit bearbeiten und über die jeweilige Jugendkultur, sei es Hip-Hop, Graffiti, Skating oder youtubing, mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen.“ (Seite 40)

6. Das Landesprogramm unterstützt Fortbildungsangebote

Im Jahr 2016 fanden 267 Bildungstage, gefördert durch das Landesprogramm, statt. Die für Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenfreien Fortbildungen finden zu Themen wie Interkulturelle Öffnung, Rechtsextremismus oder Förderung von Toleranz und Vielfalt statt und werden durch erfahrene Träger vor Ort durchgeführt. (Seite 42)

7. Das Landesprogramm unterstützt die Partnerschaften für Demokratie (zuvor Lokale Aktionspläne)

Die Lokalen Partnerschaften für Demokratie gibt es in jedem Landkreis Thüringens. Sie stellen Mittel und Ressourcen für ein Engagement vor Ort zur Verfügung und wollen die Zivilgesellschaft stärken sowie zur Bekämpfung von Extremismus

beitragen. So wird beispielsweise in Kahla der Demokratieladen unterstützt. (Seite 44)

Übergreifend unterstützt das Landesprogramm eine wissenschaftliche Begleitung, Dokumentation und Forschung, die aktuelle Trends und Forschungsergebnisse sowie lokale und überregionale Entwicklungen analysiert und für die Öffentlichkeit aufbereitet. Diese wissenschaftlichen Einrichtungen, das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentationsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“ (IDZ) und das „KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena, arbeiten mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und sind auch Ansprechpartner für die Akteurinnen und Akteure des Landesprogramms. Des Weiteren sind alle auf Grundlage des Landesprogramms geförderten Strukturen und Projekte verpflichtet, an einer regelmäßigen Evaluation teilzunehmen, die der langfristigen Sicherung und Verbesserung der Angebote dient.

Synergien zwischen den einzelnen Projekten sind erwünscht und beabsichtigt. So arbeiten einige Vereine regelmäßig zusammen.

Außerdem treffen sich in jedem Jahr Vertreterinnen und Vertreter der Partnerschaften für Demokratie sowie der Projekte als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der wissenschaftlichen Begleitung und Mitglieder des Interministeriellen Arbeitskreises und des Programmbeirats sowie Kooperationspartner zur Sommertagung. Hier kann man Informationen und Erfahrungen austauschen und sich vernetzen.

Überdies wird regelmäßig eine Bilanz des Umsetzungsstandes des Landesprogramms erarbeitet.

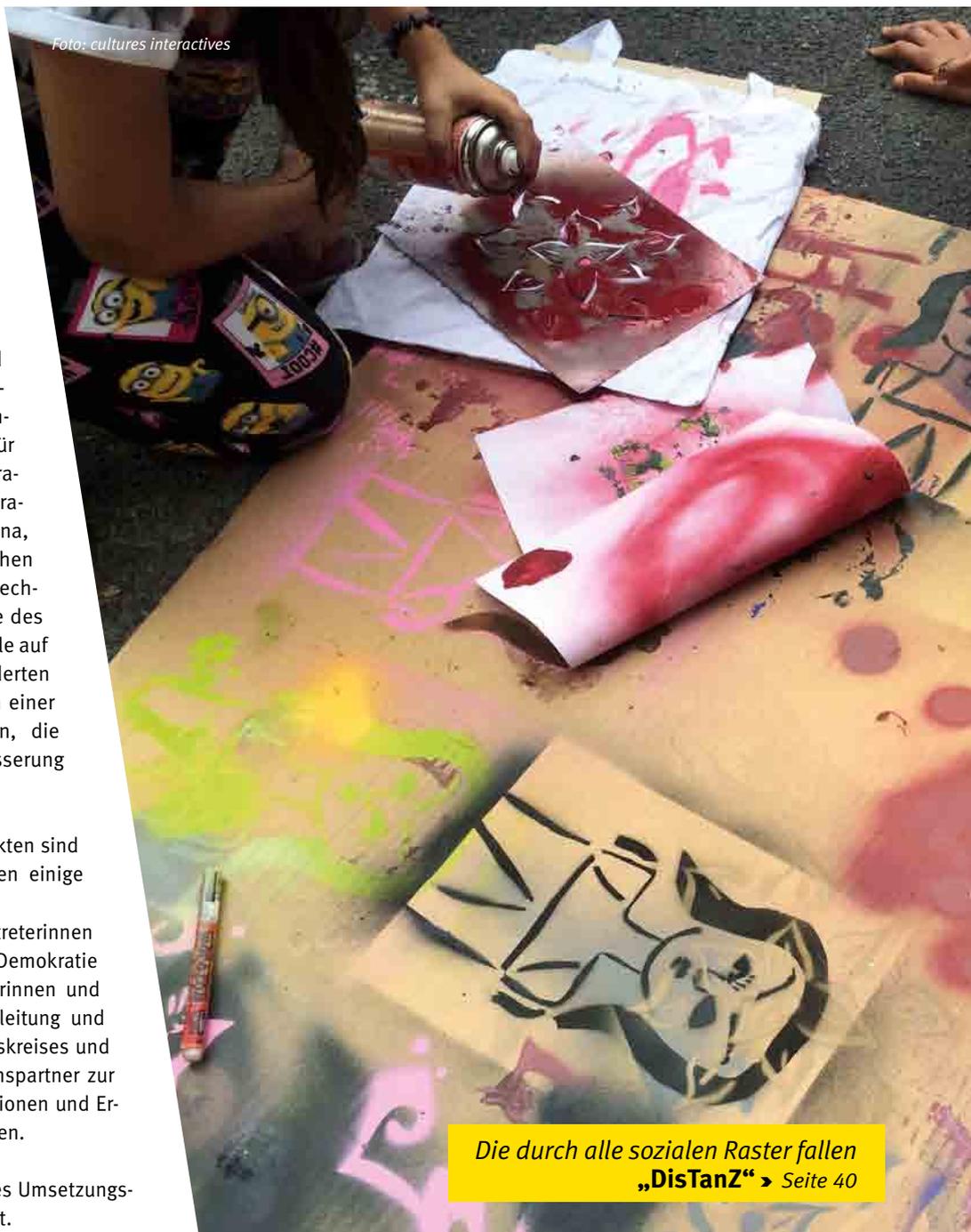


Foto: cultures interactives

Die durch alle sozialen Raster fallen
„DisTanZ“ > Seite 40

Welche Projekte werden noch gefördert?

Auf der Website www.denkbunt-thueringen.de sind die geförderten Projekte der vergangenen Jahre (inklusive der Förder-summe) veröffentlicht. Demgegenüber stehen Projektanträge, die abgelehnt werden mussten oder die von der Antragstellerin oder vom Antragsteller zurückgezogen wurden. 2017 gab es zum Beispiel 15 Ablehnungen bzw. Antragsrücknahmen. Die Ablehnung oder Antragsrücknahme durch die Antragstellerin oder den Antragssteller entsteht zumeist deshalb, weil andere Fördertöpfe für das beschriebene Vorhaben zur Verfügung stehen, z.B. die Integrationsrichtlinie für Integrationsprojekte oder ein Projekt, das ein sehr regionales Wirkungsfeld besitzt und dann an die jeweils vor Ort tätige Partnerschaft für Demokratie weitergegeben wird (die wiederum durch das Landesprogramm ko-finanziert wird). Es gibt auch vereinzelt Projekte, die nicht in die Zielstellungen des Landesprogramms passen und deshalb abgelehnt werden und/oder an andere Förderprogramme weitergeleitet werden.

Wie lange brauchen Anträge in der Bearbeitung?

Das kommt auf den Antrag an. Wenn der Antrag selbsterklärend ist und alle erforderlichen Unterlagen eingereicht wurden, kann eine Bewilligung in wenigen Tagen erfolgen. Dies gilt besonders für Projektanträge im Rahmen des Interventionsfonds. Da oftmals aber auch Nachfragen und Nachreichungen notwendig sind, gibt die Richtlinie beim Interventionsfond eine Antragsfrist von vier Wochen vor Projektbeginn vor. Alle anderen über das Landesprogramm geförderten Projekte haben feste Antragsfristen: Landesprojekte zum 1. Mai und zum 1. Oktober, Modellprojekte und Partnerschaften für Demokratie im vierten Quartal des Jahres. Landesprojekte werden nach Eingang durch zwei Gremien (IMAK und Programmbeirat) diskutiert und zur Förderung empfohlen oder nicht empfohlen. Die finale Entscheidung obliegt der Hausleitung (dem Minister/der Ministerin). Ähnlich gestaltet sich die Förderung von Einzelprojekten in den Partnerschaften für Demokratie: Dort gibt es mehrere Antragsfristen im Jahr (von Partnerschaft zu Partnerschaft verschieden) – eingereichte Projektanträge werden in den Begleitausschusssitzungen diskutiert und zur Förderung empfohlen oder nicht empfohlen.

Wie lange laufen Projekte (abgesehen von den Strukturprojekten)?

Das ist vielfältig. Die Förderdauer kann sich von einem Tag (eine Fachveranstaltung, ein interkulturelles Straßenfest etc.) bis zu einem Jahr erstrecken.



Difference



Multicultural

Variety

Foto: Shutterstock/ Rawpixel.com

Engagement kann man überall zeigen, im nahen Umfeld, im Verein, sogar im „Hobby“. Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ verleiht als Anerkennung und Motivation seit 2013 jährlich den „Thüringer Demokratiepreis“.

Hier werden innovative Handlungsansätze und gute Praxisbeispiele ausgezeichnet und einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Nicht zuletzt soll dies noch mehr Thüringerinnen und Thüringer ermutigen, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.

Der „Thüringer Demokratiepreis“ – Auszeichnung für besonders gute Ideen

Die Auswahl der drei Hauptpreisträgerinnen und/oder -preisträger, die Preise sind mit jeweils 3000, 2000 und 1000 Euro dotiert, und der vier Anerkennungspreisträgerinnen und/oder -preisträger erfolgt durch eine Jury. Diese achtet besonders auf kreative Ideen in der



Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bzw. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, besondere Erfolge, die in der Arbeit für eine demokratische und offene Alltagskultur erzielt wurden, die Arbeit von Personen oder Projekten, die sich in einem besonders schwierigen Umfeld gegen Rechtsextremismus engagieren und auf Personen oder Projekte, die auf ein langjähriges kontinuierliches Engagement im Themenfeld verweisen können.

Der Hauptpreis 2017 ging an die Initiative „Kein Platz für Nazis – Themar bleibt bunt“. Die Stadt Themar war in diesem Jahr gleich mehrmals Austragungsort rechtsextremer Großevents. Für

ihr Engagement haben sich Bürgerinnen und Bürger, die Stadtverwaltung Themar sowie weitere Partner und Bündnisse aus dem Landkreis Hildburghausen vernetzt. Durch diese Zusammenarbeit konnten in dem kleinen Ort vielfältige Gegenaktionen stattfinden und damit ein klares Zeichen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gesetzt werden.

Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ wird in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben und gehört parteienübergreifend zu den langfristigen Strategien der Thüringer Landesregierung.



„... von der Mutter, die sich Sorgen um ihren Sohn macht, bis hin zum Oberbürgermeister ...“

20. April 2000: Die Erfurter Synagoge wird Ziel eines Brandanschlags. Dass nichts passiert, ist einzig dem schnellen Handeln von Anwohnerinnen und Anwohnern zu verdanken, die den Brand sofort löschen. Nach Ansicht der Ermittler wurde der Anschlag möglicherweise von einer linken Gruppe begangen, um einen rechtsextremen Angriff vorzutäuschen, ist damals in der Presse zu lesen. Eine Fehlinterpretation, wie sich herausstellte. Im Zuge dieser Ereignisse gründeten die Jüdische Landesgemeinde, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands 2001 den Verein „Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus e. V.“ (MOBIT e. V.). Sie wollten „ein Angebot schaffen, um die Zivilgesellschaft zu stärken und zu beraten“, erzählt Katja Fiebiger, Projektkoordinatorin bei MOBIT e. V.; ein Angebot, das Mobile Beratung und Unterstützung dort anbietet, „wo Menschen sich für demokratische Grundwerte und Menschenrechte engagieren und aktiv gegen die extreme Rechte handeln wollen“, erklärt sie weiter.

Doch zu Beginn gab es noch eine andere Hürde zu überwinden. Katja Fiebiger: „Als ich 2006 angefangen habe, mussten wir noch erklären, dass es in Thüringen überhaupt ein Problem mit extremen Rechten gibt. Heute ist es so, dass das niemand mehr abstreitet. Da gab es eine starke Entwicklung“, die nicht zuletzt den Verbrechen rund um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) geschuldet ist.



beratungen: Erkennen, Deuten, Handeln. Zuerst muss man erkennen, dass es überhaupt ein Problem gibt, dann muss man schauen, was das konkret vor Ort bedeutet, um letztendlich geeignete Handlungsoptionen ableiten zu können“, erklärt Katja Fiebiger und ergänzt: „Wir sind in den Zielgruppen sehr breit aufgestellt, von der Mutter, die sich Sorgen um ihren Sohn macht, weil er Rechtsrock-Konzerte besucht, bis hin zum Oberbürgermeister, der Haltung zeigen möchte. Der Klassiker in unseren Beratungen sind aber die Bürger-

Sprachrohr und Hilfe gegen Rechtsextremismus

Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus

Inzwischen ist MOBIT e. V. ein anerkannter Verein, der sich zum ersten Ansprechpartner zur extremen Rechten und zum Rechtspopulismus in Thüringen etabliert hat. Hier laufen verschiedenste Fäden zusammen. „Es ist uns ganz wichtig, dass wir landauf landab Menschen, die sich gegen die extreme Rechte und gegen Antisemitismus engagieren, in ihrem Engagement unterstützen“, sagt Katja Fiebiger.

Diese Unterstützung geht ganz unterschiedlich vonstatten. Die acht Beraterinnen und Berater arbeiten mit dem „Dreiklang in den Be-

bündnisse gegen Rechtsextremismus, die in Thüringen existieren“. Ganz praktisch kann man sich das so vorstellen: Man meldet sich telefonisch bei MOBIT e. V. und schildert das Problem, egal, ob es sich dabei um rassistische Äußerungen in der Firma, auf die man reagieren will, handelt oder um die Bitte um Hilfe bei rechtsextremen Demonstrationen vor Ort. So erreichen die Beraterinnen und Berater tagtäglich Anrufe und E-Mails aus ganz Thüringen, manchmal geht es darum, Informationen weiterzugeben, manchmal kann man auf andere Ansprechpartnerinnen und -partner verweisen. Oft



Fotos: Carmen Fiedler

ven gegen Rechtsextremismus seit 2008. Damals wurden sie zum ersten Mal eingeladen, „um sich kennenzulernen und auf einen Stand zu bringen. Daraus ist eine Gruppe geworden, die inzwischen eine eigene politische Stimme hat“, erzählt Katja Fiebiger. Und: „Es gibt tatsächlich in jedem Landkreis in Thüringen eine Initiative oder ein Bündnis gegen Rechts“. Zur Aufklärung gehören auch sieben- bis zehnminütige Filme über die Handlungen der Rechtsextremen in Thüringen. Dazu sagt Katja Fiebiger: „Man sieht nicht, was bei Großveranstaltungen der extremen Rechten wirklich passiert. Wie viele kleine Kinder dort herumlaufen, welche Hassmusik gespielt wird. Das wollten wir zeigen.“ Die Filme treffen offenbar einen Nerv: „Zur Premiere im April 2016 erwarteten wir hundert Leute, dreihundert kamen. Wir sind über fünfzigmal mit den Filmemachern in einzelne Regionen gereist, weil uns das Gespräch wichtig war. Jetzt haben wir die Filme für alle auf unserer Website zur Verfügung gestellt“, so Katja Fiebiger.

Das alles macht viel Arbeit, „aber das macht Spaß“, meint Katja Fiebiger. „Ich glaube, es gibt keinen Job, wo man so viele unterschiedliche Menschen kennenlernt, die sich aus ganz unterschiedlichen Gründen engagieren. Wir arbeiten auf einer Ebene, auf der Menschen zusammenkommen und Engagement zeigen und jede und jeder ganz unterschiedliches mit einbringt.“ Und trotzdem: „Wir stellen fest, auf wie wenigen so viel Arbeit lastet. Es könnten immer mehr sein.“

kommt es dann zu einer Beratung oder einem Vortrag vor Ort. Katja Fiebiger: „Wir arbeiten auf Anfrage und sind mobil. Es gibt aber auch Situationen, wo wir unsere Räume zur Verfügung stellen. Unser Anspruch ist, dass jede und jeder die demokratischen Mittel, die es gibt, auch nutzen kann. Wir geben Handreichungen weiter, Broschüren, halten Vorträge, beraten, bieten Informations- oder Fortbildungstrainings an, zum Beispiel ein klassisches Argumentationstraining in der Gruppe. Unser Beratungsstandard ist hoch: Wir kommen immer zu zweit.“

Das ist aber nur die eine Seite der Arbeit des Vereins. Die andere ist die Aufklärung über die extreme Rechte in Thüringen. „Wir zeigen auf, was in Thüringen passiert, um damit eine Situationseinschätzung für jedermann zur Verfügung zu stellen. Auf unserer Website kann jede und jeder die Chronik der Ereignisse verfolgen“, erklärt Katja Fiebiger. Das geht mit einem hohen Informationsaufwand einher, denn „wenn man auf die neuesten Entwicklungen bei der extremen Rechten adäquat reagieren und immer auf dem neuesten Stand sein will, hat man einen hohen Zeitaufwand“, meint Stefan Heerdegen, einer der Berater bei MOBIT e. V.. Katja Fiebiger ergänzt: „Wir verstehen uns als Sprachrohr, um das Problem in die Öffentlichkeit zu bringen.“

Deshalb trifft sich hier auch einmal im Monat die Vernetzung der Thüringer Bündnisse und Initiati-

„Wir stellen fest, auf wie wenigen so viel Arbeit lastet. Es könnten immer mehr sein“



Niemand scheint vor einem Angriff rechter Täterinnen und Täter gefeit. „Denn rechts motivierte Gewalt findet überall in Thüringen statt und kann verschiedenste Personen treffen“, sagt Christina Büttner, Projektkoordinatorin von ezra, der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. Das Besondere an rechter Gewalt ist, dass die Täterinnen und Täter die Gleichwertigkeit von Menschen in Frage stellen.

Allein 2016 wurden 184 Personen beraten. Denn durch die stark angestiegene Zahl der Fälle rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen in den letzten beiden Jahren sei die Nachfrage nach Beratung und Begleitung sehr hoch, so Christina Büttner.

Die Beratung ist kostenlos. Beratungsgespräche sind vertraulich und können auf Wunsch auch anonym geführt werden. Die Arbeit von ezra ist unabhängig von staatlichen Einrichtungen und Parteien.

Ezra bedeutet Hilfe

Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Sie greifen Personen beispielsweise wegen ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung, ihres Engagements gegen Rassismus und Neonazismus oder ihrer sozialen Benachteiligung an.

Die Tat soll gar nicht vordergründig den Menschen als Individuum treffen. Sie ist vielmehr stellvertretend gegen eine ganze Gruppe gerichtet. „Täterinnen und Täter nehmen sich das Recht heraus zu definieren, wer in ihren Augen zu welcher Gruppe gehört, wen sie beispielsweise als ‚Ausländerin‘, ‚Zecke‘ oder ‚Jude‘ sehen wollen. Mit der Selbstbeschreibung der Betroffenen stimmt dies nicht immer überein“, sagt Christina Büttner. „Dazu machen Täterinnen und Täter häufig auch durch Worte deutlich, was sie mit der Tat bezwecken. Betroffene berichten uns davon, dass diese besonders verletzen können, wie zum Beispiel die Aussage: ‚Du bist Ausländer. Was willst du hier? Du gehörst nicht hierher‘. Diese Botschaft verstärkt sich noch, wenn unbeteiligte Personen Anfeindungen und Angriffe mitbekommen und nicht widersprechen, nicht eingreifen und den Betroffenen nicht helfen.“

Menschen, die einen solchen Angriff erlebt haben, Angehörige, Freundinnen oder Freunde und andere Personen aus dem sozialen Umfeld Betroffener sowie Zeuginnen und Zeugen können sich an ezra wenden. Christina Büttner: „Wir beraten Menschen, die Gewalttaten erfahren wie beispielsweise Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung, versuchte Tötung, aber auch massive Sachbeschädigung und Brandstiftung. Auch Angehörige der Opfer von Tötungsdelikten können sich an ezra wenden. Die Beratung bietet einen geschützten Raum für Menschen, die nach einem Angriff Unterstützung suchen. Hier kann man alles abladen. Die Sicht der Betroffenen und ihre Wünsche stehen im Mittelpunkt der Beratung. Wir begleiten und können Fragen beantworten.“

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versuchen möglichst zeitnah, einen ersten Gesprächstermin zu ermöglichen.

„Die Betroffenen können zu uns in die Beratungsstelle kommen. Hier bieten wir, zentral in Erfurt gelegen, einen geschützten neutralen Raum. Wenn gewünscht, kommen wir auch vor Ort“, erklärt Christina Büttner.

Das Beratungsangebot von ezra reicht dabei von psychosozialer Beratung und Krisenintervention über rechtliche Beratung und Vermittlung weiterführender Unterstützung oder ärztlicher Hilfe, Begleitung zu Polizei, Behörden und Institutionen, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten bis hin zur Klärung von Entschädigungsansprüchen und Unterstützung bei der Antragstellung. Michael Karpf, einer der sechs Beraterinnen und Berater bei ezra, meint: „Zuerst einmal klären wir, was die Opfer sich wünschen. Sie bestimmen, in welchem Bereich sie Unterstützung brauchen.“ Christina Büttner ergänzt: „Manche Betroffene haben nur eine Frage. Andere begleiten wir über Jahre.“

Neben der Opferberatung versteht ezra die Sensibilisierung für rechte, rassistische und antisemitische Gewalt und für die Perspektive der Betroffenen als wichtige Aufgabe. So veröffentlicht die Beratungsstelle auf ihrer Website aktuelle Vorfälle in einer Chronik. Das Monitoring rechter Gewalt ist ein anderes Instrument, für das ezra rechte Gewalttaten recherchiert, Daten sammelt und eine Statistik erstellt, die deutlich werden lassen soll, wie sich die Angriffszahlen entwickeln. Michael Karpf: „Es geht darum, die Vorfälle öffentlich zu machen. Die Taten müssen als rechte Gewalt eingeordnet und gesellschaftlich thematisiert werden.“ Christina Büttner erklärt: „Uns ist sehr wichtig, dass die Perspektive von Betroffenen bei der Einordnung der Tatmotive ernst genommen wird. Denn wenn Betroffene sagen, sie haben



Foto: elke/photocase.de

„Täterinnen und Täter nehmen sich das Recht heraus zu definieren, wer in ihren Augen zu welcher Gruppe gehört“

einen Angriff als rassistisch motiviert erlebt, dann ist es ein rassistischer Angriff.“ Da sich viele Betroffene rassistischer Angriffe nicht an die Polizei oder andere Stellen wenden, ist die Dunkelziffer in diesem Bereich besonders hoch.

Sehr eindrücklich zeigt die Wanderausstellung „Angsträume – Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen“ die Alltäglichkeit rechter Gewalt. „Die Ausstellung, die kostenfrei ausgeliehen werden kann, ist ein wichtiges Mittel, um zur Sensibilisierung beizutragen. Was macht rechte Gewalt aus? Da wollen wir zum Diskurs und zu mehr Problemverständnis anregen“, sagt dazu Christina Büttner. Denn allzu oft wird den Betroffenen „keine Solidarität entgegengebracht. Da schwingt immer die Unterstellung mit: Hätte sich das Opfer nicht anders verhalten können? So wird den Betroffenen aus dem unmittelbaren sozialen Umfeld eine Mitschuld gegeben. Das

erschwert die psychische Aufarbeitung der Tat und ihrer Folgen zusätzlich. Oft wird außerdem Gewalt nicht als Gewalt anerkannt, sondern als bloße Auseinandersetzung zwischen Gruppen abgetan. Uns ist es ganz wichtig, dass das Tatmotiv gesehen, anerkannt und verurteilt wird. Es darf nicht zu einer Legitimierung der Taten kommen, denn dadurch fühlen sich die Täterinnen und Täter bestärkt. Eine besonders große Verantwortung tragen hier Vertreterinnen und Vertreter der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden.“

Übrigens kommt der Name ezra aus dem Aramäischen und bedeutet Hilfe. „Er wird in diesem Sinne ebenso im Hebräischen und Arabischen verwendet und ist auch ein Vorname“, erzählt Michael Karpf. Christina Büttner fügt hinzu: „Unser Träger ist die Evangelische Kirche. Der Name ist übergreifend, er hat in allen drei großen Religionen eine Bedeutung“, die Bedeutung von Hilfe.

Jena ist eine Stadt, die über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist, nicht zuletzt als Universitätsstadt, Carl-Zeiss-Stadt und als Wissenschaftsstandort. Doch Jena ist auch als Geburtsstadt der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt. Vielleicht nicht ganz zufällig hat hier ein Verein seinen Sitz, der sich Drudel11 e.V. nennt. Kein Name, unter dem man sich sofort etwas vorstellen kann und dennoch beabsichtigt, denn: „Ein Drudel ist ein kleines Bilderrätsel, das dazu anregen soll, dass der Betrachter auch einmal die Perspektive wechselt“, erklärt Franziska Gebauer vom Verein. „Was die 11 bedeutet, dazu gibt es zwei Mythen. Entweder waren es elf Gründungsmitglieder und/oder der Verein wurde in Hausnummer 11 gegründet“, erläutert Franziska Gebauer weiter. So passt besonders eines der Projekte, die der Verein beherbergt, genau ins Gründungskonzept: Die Ausstiegsberatung. Denn hier geht es zuallererst um einen Perspektivwechsel. „Unsere Hauptzielgruppe sind Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene. Wir beraten aber auch Angehörige und Fachpersonal“, verdeutlicht Franziska Gebauer. Sie werden beraten, begleitet und setzen sich mit ihrer Vergangenheit auseinander. „Die Klientinnen und Klienten haben die Möglichkeit, hier anzurufen.“ Doch hauptsächlich werden Ausstiegswillige über Kooperationspartner und -partnerinnen, beispielsweise das Jugendamt, die Bewährungshilfe, die Jugendgerichtshilfe, aber auch über Lehrerinnen und Lehrer oder Schulsozialarbeiterinnen und

„Ein Ausstieg aus der Szene wird oft hart bestraft. Deshalb haben viele Ausstiegswillige Angst davor...“



Foto: Drudel 11

-sozialarbeiter vermittelt. „Die Vermittlung findet nur statt, wenn die Klientin oder der Klient damit einverstanden ist. Und auch die Zusammenarbeit findet ausschließlich auf freiwilliger Basis statt“, verdeutlicht Franziska Gebauer.

Den fünf Beraterinnen und Beratern der Ausstiegsberatung, die thüringenweit angeboten wird, begegnen bei ihrer Arbeit immer wieder Vorurteile und Vorstellungen, die so nicht stimmen. Hier setzen sie sich damit auseinander und erklären dabei gleichzeitig ihr Projekt:

1. Vorstellung: Die Ausstiegsberatung ist politisch motiviert und die Ausstiegswilligen werden umerzogen.

„Manche Menschen denken, die Klientinnen und Klienten würden einer Gehirnwäsche unterzogen. Aber uns geht es darum, dass die Ausstiegswilligen sich mit ihrer Vergangenheit, mit ihren Vorurteilen und auch ihren Straftaten auseinandersetzen. Das ist ein langer, schwieriger und anstrengender Prozess. Wir bieten unseren Klientinnen und Klienten eine professionelle Begleitung dieses Prozesses durch pädagogische Herangehensweisen an.“

Tatsächlich werden die meisten Klientinnen und Klienten über ungefähr zwei Jahre be-

gleitet, in ein- oder zweiwöchentlichen Beratungen. Die Häufigkeit der Treffen wird an der Bedarfslage festgemacht. Die Beratungen sind Einzelberatungen.

2. Vorstellung: Die Ausstiegsberatung arbeitet eng mit Polizei und Verfassungsschutz zusammen und gibt Informationen heraus.

„Es gibt zwei Ausstiegsberatungen in Thüringen. Das sind einmal wir von der zivilgesellschaftlichen Seite und einmal der Verfassungsschutz von der staatlichen Seite. Die Polizei ist zwar ein wichtiger Kooperationspartner für uns, aber hier gilt selbstverständlich: Wir geben keine Informationen über unsere Klientinnen und Klienten weiter. Wir bieten der oder dem Ausstiegswilligen aber an, Rücksprache mit der Polizei zu halten, wenn sie oder er ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis hat. Ein Austausch von klientenbezogenen Daten erfolgt nur bei Einwilligung der Klientin bzw. des Klienten, welche in der Beratungsvereinbarung schriftlich festgehalten wird.“

3. Vorstellung: Die Ausstiegsberatung versorgt Ausstiegswillige mit einer neuen Identität, einem Job – kurz einem neuen Leben.

„Nein, das machen wir nicht. Wir sind kein Zeugenschutzprogramm. Aber natürlich

Ein langer, schwieriger und anstrengender Prozess

Ausstiegsberatung

sind solche Themen wie ein Wohnort- oder Jobwechsel wichtig in der Beratung. Wir besprechen gemeinsam, was die Klientin/ der Klient braucht, um ihre/ seine Ziele zu verwirklichen und zeigen Möglichkeiten auf.“

4. Vorstellung: In der Ausstiegsberatung arbeiten Psychologen, die die Ausstiegs-willigen manipulieren.

„Wir beraten. Niemand wird manipuliert. Wir kommen aus verschiedenen Professionen, unter uns sind Juristinnen und Juristen, Historikerinnen und Historiker und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.“

5. Vorstellung: Die Ausstiegsberatung unterstützt die Ausstiegs-willigen mit Geld- und Sachleistungen.

„Es gibt weder Geld- noch Sachleistungen von uns. Wir helfen ihnen bei Kontaktaufnahme mit entsprechenden Ämtern, stellen Sparpläne mit ihnen auf.“

6. Vorstellung: Die Ausstiegs-willigen sind nach der Beratung geheilt.

„Es geht nicht darum, jemanden ‚zu heilen‘. Vielmehr geht es darum, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen und Werte und Einstellungen zu hinterfragen.“

7. Vorstellung: Die Arbeit der Ausstiegs-beratung ist nichts wert, da man mit Neonazis zusammenarbeitet.

„Wir werden oft mit der Frage konfrontiert, warum wir mit Täterinnen und Tätern zusammenarbeiten. Aber was wäre die Alternative? Wenn sich jemand ändern möchte, aber nicht weiß, wie, sollen wir sie oder ihn dann ignorieren? Wir geben den Täterinnen und Tätern die Möglichkeit, ihre Straftaten aufzuarbeiten und ein extremistisches Weltbild zu hinterfragen.“

8. Vorstellung: Der Beratungsdienst kostet Geld. Zur Beratungsstelle zu gelangen ist aufwändig und teuer.

„Der Beratungsdienst ist für alle Klientinnen und Klienten kostenfrei. Wir werden vom Landesprogramm ‚Denk Bunt‘ und mit Bundesmitteln finanziert. Wir sind mobil und kommen vor Ort.“

9. Vorstellung: Wenn ich mich an den Beratungsdienst wende, ist mein Ausstiegs-wunsch kein Geheimnis mehr. Der Beratungsdienst kann die Identität der Aussteigerinnen und Aussteiger nicht wirksam schützen.

„Ein Ausstieg aus der Szene wird oft hart bestraft. Deshalb haben viele Ausstiegs-willige Angst davor, dass ihnen aufgelauert wird und sie bedroht werden. Doch selbstverständlich bleiben unsere Aussteigerinnen und Aussteiger anonym. Datenschutz steht bei uns an oberster Stelle.“

Seit dem Beginn des Projekts im Jahr 2009 wurden 188 Menschen (Ausstiegs-willige, haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte als auch Angehörige und Eltern) beraten, darunter 65 Ausstiegs-willige. Die meisten von ihnen sind männlich. Der Altersdurchschnitt beträgt 25 Jahre.



Gefährliche Exemplare

Grafik: Drudel 11



Fotos: Carmen Fiedler

„Wir im Sport erreichen sehr viele Menschen“, macht Ortrun Helmer, Demokratie- und Konfliktberaterin, gegenüber 25 jungen Menschen deutlich. Es sind junge Erwachsene aus ganz Thüringen, die ihr Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Bereich Sport machen. Sie haben sich an diesem regnerischen Dienstag im Thüringer Wald zusammengefunden, um an einem Seminar zum Thema „Rechtsextremismusprävention im Sport“ teilzunehmen. Es ist ein Baustein zum Erwerb der Jugendleitercard. Ortrun Helmer leitet das Seminar und erklärt den FSJlern: „Der Sport hat an gewissen Stellen vermeintliche Anknüpfungspunkte für Rechtsextreme: Disziplin, Hierarchie, Pünktlichkeit. Aber es gibt viele Punkte, an die Rechtsextreme gar nicht anknüpfen können, dazu gehören gegenseitiger Respekt, Fair Play, Integrität und Integration“.

Sport zeigt Gesicht

ein Angebot für Demokratie und gegen Ausgrenzung
des Landesportbundes Thüringen e. V.

Das Seminar gehört zum Bildungsangebot des Projektes „Sport zeigt Gesicht! Gemeinsam couragiert handeln“ des Landessportbundes Thüringen. Aenne Kürschner, die das Projekt seit 2011 leitet, erklärt: „Unser Ziel ist es, das soziale und demokratische Fundament des Sports in Thüringen zu stärken, rechtsextremen Gefahren und Erscheinungsformen vorzubeugen oder diesen wirksam begegnen zu können. Dafür sind wir in zwei Säulen unterwegs: Bildung und Beratung. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf der Bildungsarbeit, die Zahl der Beratungsfälle ist überschaubar“.

Inzwischen diskutieren die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer über rechtsextreme Symbole, Zahlencodes und Bekleidungsmarken. Hier geht es um Aufklärung und Sensibilisierung. Die FSJler, die in Sportvereinen, Kreis- und Stadtsportbünden, aber auch bei Sportfachverbänden arbeiten, sollen lernen, aufmerksam zu sein und extreme Tendenzen früh zu erkennen.

„Die Bildungsarbeit des Projektes „Sport zeigt Gesicht“ ist in die Bildungsarbeit, die der Landessportbund anbietet, integriert“, sagt Aenne Kürschner. „Ganz konkret bilden wir zum Beispiel angehende Übungsleiterinnen und Übungsleiter zum Thema ‚Rechtsextremismusprävention im Sportverein‘ fort und setzen bei ange-

henden Vereinsmanagerinnen und -managern das Modul ‚Demokratische Prozesse im Sportverein gestalten‘ um. Das sind wichtige Bausteine, denn die Ehrenamtlichen haben eine Vorbildfunktion, sollen ausgleichend wirken und mit Konflikten konstruktiv umgehen können. Außerdem bieten wir unseren Kreis- und Stadtverbänden und ihren Vereinen sowie den Sportfachverbänden Seminare oder Workshops rund um das demokratische Miteinander an. Sie können bei uns nachfragen und wir schauen dann, wie wir sie inhaltlich und methodisch unterstützen können. Da gibt es z.B. Schulungen zum Konfliktmanagement, zur Teambildung oder zur Wertevermittlung.

Außerdem können sich Sportvereine auch an uns wenden, wenn sie eigene Projekte in diesem Themenfeld umsetzen möchten und noch auf der Suche nach Ideen sind“.

Die Fortbildungen führen Demokratie- und Konfliktberaterinnen und -berater durch. Aenne Kürschner: „Das sind Leute aus dem Sport, die ein hohes Maß an fachlicher Qualifikation in verschiedensten Themenbereichen mitbringen und die wir im Rahmen von vielen Wochenend-Fortbildungsgängen zu Themen wie Demokratie oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nochmal fit gemacht haben. Sie arbeiten für uns auf Honorarbasis mit einer hohen Motivation, einem Herz für die soziale Komponente des Sports und mit viel Idealismus.“

Ortrun Helmer ist eine von ihnen. Die FSJler machen jetzt ein Rollenspiel. Sie bilden dafür Gruppen von 4–5 Personen. Zwei Außenstehende sollen versuchen, in die Gruppe hineinzukommen, während die Gruppen mit Strategien wie Weggehen, einen geschlossenen Kreis bilden oder Nichtbeachten die beiden abwehren sollen. Im Nachgang wird das Ganze ausgewertet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen über ihre Strategien, Taktiken und Gefühle. Es sei wichtig, dieses Gruppenverhalten am eigenen Leib zu erfahren, meint Ortrun Helmer. Sie gibt den Ratschlag: „Ganz wichtig, wenn ihr auf solche Vorfälle in euren Vereinen stoßt: nicht vorverurteilen, nicht ausschließen, nicht diskriminieren, sondern miteinander ins Gespräch kommen und notfalls Grenzen setzen“. Und: „Ihr seid nicht allein. Ihr könnt euch jederzeit Hilfe holen.“

Aenne Kürschner resümiert: „Wir haben es durch das Projekt geschafft, dass sich die Sportvereine dem großen Themenfeld Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus genähert ha-

„... Der Sport ist ein Spiegelbild der Gesellschaft...“

Aenne Kürschner

ben. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden und menschenverachtenden Einstellungen ist damit präsenter und selbstverständlicher geworden und hat sich vertieft. Die Strukturen des Sports nehmen wahr, dass es nicht nur um den reinen Sport geht, sondern dass sie eine gesellschaftliche Mitverantwortung haben und dieser im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch nachkommen wollen“.

An diesem Punkt setzt die zweite Säule, die Beratungsarbeit, an. „Wir beraten präventiv, aber auch, wenn wir von Situationen hören, in denen Diskriminierung stattgefunden hat. Das können diskriminierende Äußerungen von Zuschauerinnen oder Zuschauern am Rande von Sportveranstaltungen sein. Oder wenn Spielerinnen bzw. Spieler den Gegner oder sogar den Schiedsrichter/die Schiedsrichterin beschimpfen. Dabei handelt es sich meist um verbale Gewalt“, erzählt Aenne Kürschner. „Wir gehen auch aktiv auf die Vereine zu. Wir benennen, wo aus unserer Sicht das Problem liegt. Dabei arbeiten wir auf Augenhöhe und bringen keine fertigen Lösungen mit. Vielmehr geht es uns darum, mit den Verantwortlichen vor Ort Lösungen zu finden, die für sie umsetzbar und nachhaltig sind“.

Im Landessportbund Thüringen gibt es mehr als 3400 Mitgliedsvereine. Aenne Kürschner: „Von der Struktur her sind vor allem Sport, Feuerwehr und Kirche die Anlaufpunkte in den Gemeinden. Der Sport ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Hier treffen sich Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder Herkunft. Das macht es spannend. Die Ausgestaltung des Miteinanders ist ein guter Anknüpfungspunkt für uns als Projekt“.

Besucht man den Dachverband der Thüringer Feuerwehr in Erfurt, so sieht man auf den ersten Blick, wo man ist. Denn hier stehen die typischen dunkelblauen Uniformen im Flur, auch eine Kinderuniform, blau mit orangenem Helm. Überall in Deutschland, egal ob in Hamburg oder München, Dresden oder Rostock, tragen Feuerwehrleute die gleiche Uniform, erklärt Anja Rödiger-Erdmann. Sie ist Feuerwehrfrau und im Dachverband der Thüringer Feuerwehr die Projektleiterin des Programms „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen! – Für demokratiestärke Feuerwehren in Thüringen“.

Vielfalt leben

Die Feuerwehr in Thüringen

Ein Programm, das Feuerwehrleute demokratisch bilden soll? Ja – und mehr. „Wir haben drei große Ziele“, erzählt Anja Rödiger-Erdmann. „Erstens die Stärkung von demokratischen Strukturen innerhalb unseres Verbandes, zweitens die Sensibilisierung unserer Mitglieder. Wir geben ihnen Informationen und haben Ansprechpartnerinnen und -partner, die in schwierigen Fällen als Vermittler dienen. Und drittens schulen wir Führungskräfte der Feuerwehr, also beispielsweise Wehrleiterinnen und Wehrleiter, im methodischen Arbeiten und zum Thema Demokratie.“ Hier komme man ins Gespräch, könne sensibilisieren und ganz konkrete Informationen weitergeben, zum Beispiel über rechtsextreme Symbole und Codes aufklären, erläutert Anja Rödiger-Erdmann weiter und bekräftigt: „Die Stärkung der demokratischen Strukturen ist uns ganz wichtig“.

Doch was heißt das genau? Anja Rödiger-Erdmann: „Das fängt bei den Kindern und Jugendlichen an, wenn beispielsweise ein Kind gemobbt wird, weil es dicker ist als die anderen oder weil es aus einer Familie kommt, die weniger Geld hat.“ Also: Keine und keiner darf ausgegrenzt oder abgewertet werden, egal, ob er/sie Frau, Mann, Kind, arm oder reich ist, körperliche Beeinträchtigungen oder einen anderen kulturellen Hintergrund hat.

Und tatsächlich treffen in der Feuerwehr die unterschiedlichsten Charaktere aufeinander. Anja Rödiger-Erdmann: „Nur wenn alle mitmachen, kann das Ziel erreicht werden und dazu muss jede und jeder Verantwortung übernehmen.“

Dieses Ziel ist oft genug ein lebensrettendes: Feuerlöschen, Menschen schützen, bergen und retten. 34.471 Mitglieder hat die Feuerwehr in Thüringen, organisiert in Kreis- und Stadtfeuerwehverbänden, die meisten davon zusätzlich in Feuerwehrvereinen, wo sie neben ihrer eigentlichen Feuerwehrarbeit unter anderem Veranstaltungen in ihren Orten mit organisieren. „Jede Kommune ist dazu verpflichtet, eine einsatzfähige Feuerwehr vorzuhalten“, betont Anja Rödiger-Erdmann.

Doch wie schafft man es, die Mitglieder, die ihre Arbeit als Feuerwehrleute größtenteils ehrenamtlich machen und viele Stunden dafür opfern, dazu zu bringen, noch mehr Zeit zu investieren, um sich demokratisch zu bilden, etwas, dass auf den ersten Blick nicht vorrangig mit ihrer Arbeit bei der Feuerwehr zu tun hat? Anja Rödiger-Erdmann: „Wie die psychosoziale Beratung war auch die demokratische Bildung ein Stiefkind der Feuerwehr, aber da hat

sich durch unser Programm, das es seit 2011 gibt, einiges getan.“ Denn: „Wir sind auch nur Menschen und brauchen Angebote und Hilfen, wie wir mit bestimmten Situationen umgehen können. Beispielsweise mit rechtsextremem Gedankengut.“ Oder wie man reagiert, wenn man angegriffen werde: „Feuerwehrleute mussten sich auch schon rechtfertigen, wenn sie Flüchtlingen halfen. Wir wollen, dass die Feuerwehrleute selbstbewusst auftreten und sagen: Nein, das, was du jetzt gesagt hast, passt nicht zu uns, das passt nicht zu dem, wofür wir stehen“.

Werte wie Kameradschaft, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Gleichberechtigung, Ehrlichkeit, Vertrauen und Akzeptanz seien hier sehr wichtig. „Wir helfen jeder und jedem, die/der unsere Hilfe braucht“, betont Anja Rödiger-Erdmann. Das gilt für alle, auch bei neuen Herausforderungen.

Die Feuerwehr biete zum Beispiel eine gute Möglichkeit, Integration voranzutreiben, betont Anja Rödiger-Erdmann. Hier könne man das Miteinander leben in einer Gemeinschaft, die von der Vielfalt lebe. Diese Vielfalt bringe Herausforderungen mit sich: „Die Thüringer Feuerwehrleute treffen beispielsweise auf Interessenkonflikte, auf Kommunikationsprobleme, aber auch auf Unterwanderungsversuche durch Rechtsextremisten. Und genau hier setzt unser Projekt an“. Deshalb bieten Anja Rödiger-Erdmann und

„Die Stärkung der demokratischen Strukturen ist uns ganz wichtig“

ihr Team Inhalte wie „Wie kann ich mit Konflikten umgehen, wie kann ich argumentieren am Stammtisch, wie kann ich mich verhalten in schwierigen Gesprächen, wie kann ich extremistischen Tendenzen vorbeugen, aber auch, wie kann ich mit Jugendfeuerwehren einen Teamcharakter entwickeln?“ an.

Und auch bei Konfliktsituationen stehen sie den Feuerwehrleuten zur Verfügung und helfen mit einer Konfliktberatung oder Mediation. Zurzeit gibt es vierzehn ehrenamtliche Beraterinnen und Berater, zehn weitere sollen ausgebildet werden.

Seit April 2017 gibt es im Thüringer Feuerwehrverband ein neues Leitbild. Darin ist noch einmal festgeschrieben, dass die Feuer-

wehr in Thüringen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung steht und Gleichberechtigung und Teilhabe aller Bevölkerungskreise fördert. Anja Rödiger-Erdmann: „Wenn man Feuerwehrmann oder Feuerwehrfrau ist, ist man das aus Überzeugung.“ Und zu dieser Überzeugung gehört auch, dass alle Menschen gleichwertig sind. Mit dem Programm „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen!“ konnten diese Werte, die Kommunikation untereinander und der Umgang mit Konflikten gestärkt werden.

*„Einmischen, Mitmachen,
Verantwortung übernehmen!“*



Foto: TMIK, Jacob Schröter

Im Erfurter Büro vom Netzwerk für Demokratie und Courage (kurz: NDC) nehmen große Pinnwände, eingepackt und transportbereit, neben Moderationskoffern, Konzeptkisten und Pinnwandpapierrollen einen Gutteil des Platzes ein. Nicht von ungefähr, sind diese Arbeitsmaterialien doch wichtige Utensilien für die eigentliche Arbeit des NDC: den Projekttagen an Schulen. Denn das hat sich das Projekt zum Ziel gesetzt: Themen wie Diskriminierung, Rassismus, Flucht, Asyl, couragiertes Handeln im Internet, Sexismus, Antisemitismus, Kommunikation und Teamarbeit an junge Menschen durch junge Menschen heranzutragen.

und 110 aufrechterhalten können“, merkt Doreen Breuer an. Und: „Alle Teamenden deutschlandweit haben die gleiche Grundausbildung“. Das ist deshalb wichtig, weil Studierende oft in andere Bundesländer wechseln und so sowohl im Rheinland als auch in Thüringen eingesetzt werden können. „Die Teamenden bekommen eine Aufwandsentschädigung von derzeit 90 Euro, das soll 2018 auf 100 Euro erhöht werden.“ Die Ausbildung der Teamenden ist ein wichtiger Zweig der Arbeit des NDC, doch: „Der Hauptschwerpunkt liegt auf der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern“, meint Doreen Breuer.

„Der Hauptschwerpunkt liegt auf der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern“

den, immer zwei für eine Klasse, in unser Büro und holen das Material und das Mietfahrzeug ab. Sie stehen am nächsten Morgen sehr früh auf, um rechtzeitig an den Schulen zu sein an und führen den Projekttag durch.“ Die Projekttage dauern immer sechs Unterrichtsstunden. „Wenn die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern beendet ist, führen die Teamenden ein Gespräch mit den Lehrerinnen und Lehrern“, erzählt Doreen Breuer, denn diese seien nicht immer dabei. „Danach kommen die Teamenden wieder zu uns und wir werten den Projekttag ausführlich aus.“

Demokratie von jungen Menschen für junge Menschen

Das Netzwerk für Demokratie und Courage

Wie kommen die Projekttage an?

Dafür bildet das Netzwerk für Demokratie und Courage Teamende aus. „Das sind junge Leute, die in die Schulen gehen und dort Projekttage umsetzen“, erklärt Doreen Breuer, Projektleiterin vom NDC in Thüringen. Und Sylvia Riemschneider, Projektkoordinatorin, ergänzt: „Die Teamenden sind vorrangig Studierende aus unterschiedlichsten Fächern – von Medizin über Psychologie und soziale Arbeit bis hin zu Germanistik. Alles, was Jena, Erfurt und Ilmenau zu bieten haben“. Die Studierenden erfahren über Mund-zu-Mund-Propaganda, die Studierendenräte oder über Aushänge vom Projekt und können sich dann beim NDC melden. „Wir machen zwei Grundausbildungen für Teamende im Jahr, so dass wir die Zahl zwischen 90

Wie kann man sich das vorstellen?

Doreen Breuer: „Meistens ist es so, dass die Schule anruft. Wir bieten elf verschiedene Projekttage an, beispielsweise ‚Alles nur Bilder im Kopf?‘, das ist ein Projekttag zu Diskriminierung, von Rassismus betroffenen Menschen und couragiertem Handeln. Oder ‚Du aber nicht!‘, ein Projekttag zu Bedürfnissen, Ausgrenzung und Vielfalt. Die Schule sucht sich ein Projekt aus oder wir empfehlen etwas.“

Wie geht es weiter?

Doreen Breuer: „Einen Tag, bevor der Projekttag stattfindet, kommen die Teamen-

Das hänge von den Schülerinnen und Schülern ab, meint Sylvia Riemschneider: „Es geht darum, inwiefern sich die Schülerinnen und Schüler an diesem Tag darauf einlassen können, wie sie drauf sind.“ Und Doreen Breuer fügt hinzu: „Unsere Leute arbeiten zum Teil ganz anders als es die Schülerinnen und Schüler aus ihrer Schule gewohnt sind. Sie sitzen im Stuhlkreis, machen Rollenspiele, bilden Arbeitsgruppen und schauen Filme.“ Im Allgemeinen sei das Feedback ein positives. Das liege auch daran, dass die Teamenden durch ihr Alter näher an den Schülerinnen und Schülern dran seien. „Manchmal bekommen wir sogar von Eltern eine Mail, in der sie sich bedanken.“, erzählt Doreen Breuer.

Was lernen die Schüler?

„Wir wünschen uns natürlich, dass sie couragiertes Handeln lernen. Dass sie zum Beispiel etwas sagen, dazwischen gehen, eingreifen, wenn Mitschülerinnen oder Mitschüler beleidigt werden. Dass sie wissen, wie sie in bestimmten Situationen reagieren können. Dass sie überhaupt erst mal erkennen, was diskriminierend, rassistisch oder sexistisch ist. Sie sollen sich über diese Themen austauschen. Ganz oft haben sie noch nie darüber geredet. Bei den jüngeren Klassen geht es mehr um den Umgang miteinander.“, beschreibt Doreen Breuer. Und Sylvia Riemschneider ergänzt: „Die Lehrerinnen und Lehrer stoßen bei bestimmten Problemlagen an ihre Grenzen. Wir aber haben Zeit dafür.“

Wo und für wen werden die Projektstage angeboten?

Das Angebot gilt thüringenweit; das Konzept für die 5. – 7. Klassen gibt es sogar nur in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Projektstage sind für alle Klassenstufen ab der 5. Klasse und für alle Schulformen, auch für Bildungsträger, gedacht. Dabei könnten sechs Stunden immer nur einen Anstoß geben, betont Doreen Breuer. Man könne aber auch zwei Projektstage nacheinander buchen. Oder für jedes Schuljahr ein anderes Projekt. Und, so Sylvia Riemschneider: „Das Angebot ist für alle Schulen kostenfrei. Wir werden komplett vom Landesprogramm finanziert.“



Foto: www.netzwerk-courage.de

„Wir wünschen uns, dass Schulen weiter mit uns zusammenarbeiten und dass weiterhin viele Leute bei uns mitmachen“

Was würden Sie sich für die Zukunft wünschen?

Doreen Breuer: „Wir wünschen uns, dass die Schulen kontinuierlich und aufbauend weiter mit uns zusammenarbeiten und dass weiterhin viele Leute als Teamende zu uns kommen und bei uns mitmachen, denn ohne sie geht es nicht.“



Foto: Thomas Müller

Man muss zeitig anfangen

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

„Ob Diskriminierung, Mobbing oder Rassismus – wenn solche Dinge an einer Schule passieren, darf man sie nicht unter den Teppich kehren, sondern muss sich damit auseinandersetzen“, hält Konstanze Ilmer fest. Sie ist mit ihrer Kollegin Arlett Symanowski seit 2014 als Bildungsreferentin in der Landeskoordination Thüringen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tätig, einem Projekt, das Schulen darin unterstützt, sich mit den oben genannten Themen auseinanderzusetzen.

Arlett Symanowski: „Diskriminierungsformen gibt es viele. Das beginnt damit, dass ich jemanden verbal attackiere, egal, ob mir die Hautfarbe nicht gefällt oder das Land, aus dem er oder sie stammt. Das schließt beispielsweise Fragen mit ein wie: Wie gehe ich mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen um oder mit Menschen, die langzeitarbeitslos oder obdachlos sind? Es gibt Schulen, die schon sehr aktiv in diesem Bereich sind, aber vielleicht noch nie von uns gehört haben.“

Es gibt für alle Schulen, ob Gymnasium, Grund-, Regel-, Förder- oder

Berufsschule, die Möglichkeit, an dem Projekt teilzunehmen. Egal, ob bereits Fälle von Diskriminierungen vorliegen oder sich präventiv mit der vielfältigen Thematik der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinandergesetzt werden soll, Schulen erhalten Unterstützung. Und zwar so: In einem ersten Schritt findet sich im Idealfall eine Gruppe von interessierten Schülerinnen und Schülern, die andere an der Schule über das Projekt aufklären.

In einem zweiten Schritt unterschreiben mindestens 70 Prozent all derjenigen, die an einer Schule arbeiten und lernen, eingeschlossen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie technisches Personal, eine Selbstverpflichtung.

In einem dritten Schritt sucht sich die Schule einen Paten/eine Patin, der/die das Projekt unterstützt. Das können Personen aus dem öffentlichen Leben sein oder auch Organisationen.

In einem vierten Schritt wird der Aufnahmeantrag mit der Unterschriftensammlung an die Bundes- und die Landeskoordination geschickt und die Schule bekommt eine Anerkennungsbestätigung. In einem

fünften Schritt wird der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ während einer feierlichen Veranstaltung verliehen. Arlett Symanowski: „Es ist keine Auszeichnung für getane Arbeit, sondern ein Titel, den man bekommt. Wenn dieser übergeben ist, fängt die eigentliche Arbeit an.“

So muss beispielsweise einmal im Jahr ein Projekt zu den Themen Diskriminierung oder Rassismus durchgeführt werden. Es gilt, immer wieder zu schauen: „Wie ist unser Miteinander? Was können wir verbessern?“ Hier könne die Landeskoordination konkrete Hilfe leisten, meint Konstanze Ilmer: „Die Funktion der Landeskoordination ist es, die Schulen zu begleiten. Wir unterstützen finanziell, geben Informationen weiter, helfen bei der Referentinnen- und Referentensuche und versuchen, regelmäßig Kontakt zu halten. Einmal im Jahr bitten wir um einen kurzen Bericht über das Projekt.“

Eine der größten Herausforderungen liegt in der hohen Fluktuation an den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer wechseln, Schülerinnen und Schüler machen ihren Abschluss, neue Schülerinnen und Schüler kommen. „Dieses Projekt lebt davon, dass der Staffelstab weitergegeben wird. Wir unterstützen auch dabei“, meint dazu Arlett Symanowski.

Einmal im Schuljahr findet ein Landestreffen für alle Courage-Schulen statt. Da könne man miteinander ins Gespräch kommen, aber auch Methoden und Inhalte kennenlernen, erklärt Konstanze Ilmer. „Wir versuchen, vernetzt zu bleiben mit den Schulen, die Schulen untereinander zu vernetzen und die Schülerinnen und Schüler immer wieder dazu zu bewegen, selbst aktiv zu werden.“

Letztendlich gehe es ihr darum, dass die Schulen aktiv sind, sagt Konstanze Ilmer. Und darum „dass sich alle an der Schule wohlfühlen und gut miteinander umgehen, leben und arbeiten, dass alle sagen, hier gehe ich gern zur Schule und unterstütze das“.

In Thüringen gibt es interessierte Schulen, Schulen, die schon Unterschriften sammeln, Schulen, die einen Antrag gestellt haben und 46 Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bereits tragen. Die erste Schule nicht nur in Thüringen, sondern in den neuen Bundesländern und die vierte deutschlandweit, war das Gymnasium Georgianum in Hildburghausen. Dort initiierte eine engagierte Schülerin das Projekt und kümmerte sich um den Antrag. 1995 wurde der Titel feierlich übergeben. „Seit dieser Zeit sind wir dabei und sehr daran in-

teressiert, dass fortlaufend Projekte zum Thema umgesetzt werden“, erzählt Dr. Kerstin Möhring, die seit 1997 am Georgianum unterrichtet und das Projekt

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ übernommen hat. Ihr ist wichtig, dass „Schülerinnen und Schüler eigenes Engagement und Ideen entwickeln und verwirklichen können“. Hinzu kommt eine Reihe von festen Projekten, die jedes Jahr umgesetzt werden. In Klasse 7 ist das der Projekttag „Menschen sind verschieden“. An diesem Tag gibt es verschiedenste Angebote und Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen, z.B. eine Logopädin, eine Physio- oder eine Psychotherapeutin. Da können Rollstühle ausprobiert werden oder die Schülerinnen und Schüler erfahren, wie es sich anfühlt, sehbehindert zu sein. Andere besser verstehen, sich in sie hineinzuversetzen, das ist dabei das Anliegen. Kerstin Möhring: „An diesem Tag sollen Schülerinnen und Schüler für Menschen mit Handicaps sensibilisiert werden“.

Außerdem richtet die Schule jedes Jahr Gedenkveranstaltungen in Hildburghausen aus, unter anderem den Holocaustgedenktag am 27. Januar. „Wir haben noch unendlich mehr. Viele der 670 Schülerinnen und Schüler des staatlichen Gymnasiums sind stark in das Projekt mit eingebunden. Oft behandeln sie in ihren Seminarfacharbeiten eines der Themen und geben es so an andere Schülerinnen und Schüler weiter“, sagt Kerstin Möhring und ergänzt: „Die Schule ist ein Querschnitt der Gesellschaft. Man muss zeitig anfangen, die jungen Leute für politisches Engagement zu sensibilisieren. So werden sie zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in ihren Familien“.

„Man muss zeitig anfangen, die jungen Leute für politisches Engagement zu sensibilisieren“

Arlett Symanowski und Konstanze Ilmer

„Die Schule ist ein Querschnitt der Gesellschaft...“





Foto: Shutterstock / Spantomoda

„Das Thema Rassismus durchzieht alle Gesellschaftskreise und betrifft alle Lebensbereiche, ob Arbeit, Bildung, Wohnung oder Geld: Überall sind Geflüchtete benachteiligt“, sagt Sabine Blumenthal vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V. und Angelika Roschka Bildungswerk ergänzt: „Das Thema häufig tabuisiert und fällt in den Bereich der Realität zeigt leider einen gesellschaftlichen Strukturen, denen, zum Beispiel in Schulen, mit in die persönliche Ebene Wirkmechanismen fehlt es an Klärung“. Dem will das Projekt „[CoRa] – Contra Rassismus, pro Migration und Asyl“ etwas entgegensetzen, will sensibilisieren, aufklären und zum Handeln befähigen. So gibt es mit Angelika Roschka, Sabine Blumenthal und Martin M. Arnold (ebenfalls vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V.) in diesem Projekt drei Säulen: die nicht-rassistische Bildungsarbeit, die Informationsaufbereitung und die Säule der Beratung vor Ort.

Zur Zielgruppe gehören Menschen, die sich für Geflüchtete und mit Geflüchteten engagieren oder durch ihre Arbeit mit den Themen Flucht und Asyl zu tun haben. Das Projekt, das es seit 2015 gibt, wird thüringenweit auf Anfrage angeboten.

Die erste Säule „beinhaltet vorwiegend Argumentationstrainings gegen diskriminierende Äußerungen und interkulturelle Schulungen“, sagt Angelika Roschka, die die Workshops leitet. Sie erzählt beispielhaft, was in einem Argumentationstraining inbegriffen ist: „Da wird der Schwerpunkt auf Situationsanalysen gelegt, auf Begebenheiten, die wirklich vorkamen. Wir fragen uns: Was passiert in Situationen, in denen Diskriminierungen stattfinden, worauf ist zu achten? Wir analysieren die Situation, um dann daran an-

gepasst eine Strategie auswählen zu können – nicht jede Strategie passt zu jeder Person. Das kann ein räumliches Distanzieren sein (ich verlasse den Raum), man kann Solidarität organisieren oder Witz und Ironie einbringen, bis hin zu rechtlichen Schritten als letztes Mittel. Auch kann es darum gehen, die Atmosphäre zu verändern, indem man etwas ‚Luft herausnimmt‘ oder rhetorische Brücken baut“. Hinzu käme eine Auseinandersetzung mit Begriffen, meint Angelika Roschka: „Was ist eigentlich Rassismus? Das zu klären ist wichtig, um für sich selbst und in Austausch mit anderen eine Begriffseinordnung zu finden und auch mit der eigenen Sprache sensibler umzugehen“.

Der Ansatz bei den interkulturellen Schulungen erfolge vor allem reflexionsorientiert. Es gehe um Fragen wie: „Was ist Kultur, was ist meine eigene Kultur?“, „die einen Sensibilisierungsprozess für den Umgang mit kultureller Vielfalt in Gang setzen“, erklärt Angelika Roschka. Das passiere über das Nachdenken über die eigene Kultur, „über die eigene Biographie und Prägung, über eigene Werte und Normen. Da gibt es viele Dimensionen, die mit-schwingen. Was passiert, wenn zwei Menschen unterschiedlich scheinender Kulturen (wobei Kultur nicht mit Nationalität gleichzusetzen ist) aufeinandertreffen? In der Begegnung ist der differenzierende wertfreie Blick immer wichtig: Wen habe ich da vor mir?“, erzählt Angelika Roschka. „Es geht darum, Vielfalt wertfrei aufzuzeigen und durch einen Perspektivenwechsel Verständnis füreinander zu entwickeln.“

Die zweite Säule, die Informationsaufbereitung, erfolge einerseits auf der Website des Flüchtlingsrates Thüringen und auf www.fakten-gegen-vorurteile.de. „Dort erlangen Interessierte unter der Rubrik ‚Basiswissen‘ grundlegende Informationen zu den Themen Flucht und Asyl“, so Sabine Blumenthal. Andererseits gibt es Einführungsschulungen zu den Themen. Sabine Blumenthal, die diese Schulungen leitet, sagt: „Wir bieten informative Schulungen an, da geht es um Fakten, beispielsweise: Wie läuft ein Asylverfahren ab? Wann darf man arbeiten, wann zum Integrationskurs? Hier bauen wir auch Vorurteile ab“.

Diese Schulungen seien vor allem „für Leute, die in ihrem Arbeitsfeld oder Ehrenamt neu mit Flüchtlingen zu tun haben, z.B. Kindergärtnerinnen und Kindergärtner“, so Sabine Blumenthal.

Fakten gegen Vorurteile

Die Arbeit des Präventionsprojektes [CoRa]



Foto: [CoRa]

„Wir sprechen dabei bewusst von Engagierten, denn in der Praxis sind das Menschen in unterschiedlichsten Funktionen. ...“

Verantwortlich für die dritte Säule von [CoRa] ist Martin M. Arnold. In diesem Arbeitsbereich steht das Projekt für Fragen und als Begleiter vor Ort zur Verfügung. „Dabei wurden bereits Podiumsdiskussionen begleitet, Vorträge rund um die Themen Flucht und Asyl gehalten und verschiedene Austauschveranstaltungen moderiert“, erzählt Martin M. Arnold. Haben beispielsweise Flüchtlingsinitiativen zu speziellen Themen Fragen, werden diese vermittelt oder gemeinsam Weiterbildungen geplant.

So gab es bereits Seminare zu den Themen Öffentlichkeits- und Pressearbeit von ehrenamtlichen Gruppen. „In dieser Säule kommt viel von unserem Know-How zusammen. Wir begleiten dabei auch Initiativen auf ihrem Weg, planen gemeinsame Veranstaltungen, beraten, wie alle gut und effektiv zusammenarbeiten können oder arrangieren vor Ort benötigte Weiterbildungen“, so Martin M. Arnold. Es sei sinnvoll, bereits gewonnene Erfahrungen guter Praxis unter den Engagierten in Landkreisen und Städten auszutauschen. Genau da setze [CoRa] an und ermögliche mit

Mail- und Informationsverteilem und den regelmäßigen thüringenweiten Initiativentreffen einen regen Austausch der Haupt- und Ehrenamtlichen. „Wir sprechen dabei bewusst von Engagierten, denn in der Praxis sind das Menschen in unterschiedlichsten Funktionen. Wir haben auch immer wieder Beratungen in der lokalen Politik, wie zum Beispiel Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Möglichkeiten suchen, etwas für Vielfalt und gegen Rassismus zu tun“, ergänzt Arnold.

Die einzelnen Arbeits- und Themenbereiche des Projektes kommen auch bei Publikationen wie der Internetseite „Fakten gegen Vorurteile“ und der Onlinerubrik „Basiswissen zu Flucht und Asyl in Thüringen“ zusammen. „Hier greifen wir gängige Vorurteile auf und widerlegen diese mit Fakten, immer aktuell zu den Themen, die gerade in den Medien diskutiert werden“, so Sabine Blumenthal. Und Angelika Roschka ergänzt: „Wir versuchen, aktuelle Debatten aufzugreifen, fachlich zu kommentieren und letztlich die öffentliche Debatte mitzugestalten“.

Seit 2015 findet im Weimarer Land ein deutschlandweit einzigartiges Modellprojekt statt. DisTanZ ist sein Name. Ein Name, der gut passt, denn dieses Projekt wendet sich an Jugendliche, die „eine Distanz zu ihrer ausgrenzenden Haltung bekommen sollen“, erklärt Peer Wiechmann, der das Projekt leitet und erläutert weiter: „Es gibt schon Sozial- und Antiaggressionstrainings. Das Neue und Besondere bei uns ist, dass wir die politische extremistische Einstellung mit bearbeiten und über ihre jeweilige Jugendkultur, sei es HipHop, Graffiti, Skating oder youtubing, mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen“.

chen. Sie kommen aus ganz Deutschland und sind oft schon auffällig geworden oder verweigern sich. Doch handelt es sich nicht um verurteilte Straftäter. Peer Wiechmann: „Wir sind im Vorfeld tätig, ein Stückweit Prävention, gepaart mit viel Intervention auf der Beziehungsebene. Oft gibt es Jugendliche, die noch gar nicht so extrem eingestellt, aber schon strafrechtlich aufgefallen sind. Diese Jugendlichen haben in ihrem Leben oftmals kaum Zuwendung bekommen. Es sind junge Menschen, die wenig zugänglich sind, die starke Vorurteile haben. Es gibt nicht wenig Jugendliche, die durch alle sozialen Raster fallen.“

Die durch alle sozialen Raster fallen

Das Modellprojekt DisTanZ von Cultures Interactive

Doch es geht nicht nur darum, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, sondern sie nehmen an einem intensivpädagogischen Training teil, das drei übergeordnete Ziele hat: „eine Reflexion des eigenen Verhaltens, insbesondere hinsichtlich ihrer kritischen politischen Haltungen, eine Selbstbewusstseinsstärkung und die Aneignung praktischer Fähigkeiten, den sogenannten soft skills, z.B. wieder in die Schule zu gehen und sich da nicht schlecht zu fühlen oder sich einfach wieder Gedanken um die eigene Zukunft zu machen“, so Peer Wiechmann. Die Jugendlichen sind größtenteils zwischen 14 und 17 Jahre alt, es kommen ca. 60 % Jungs und 40 % Mäd-

Unsere Aufgabe ist es, die wieder zu fassen“, so Peer Wiechmann. „Sie kommen auf Anraten der Schulen, der Jugendämter oder der Justiz. Aber letztlich kommen sie freiwillig.“

Die Trainings umfassen Einzel- und Gruppentrainings. Die Gruppentrainings dauern 3 x 5 (während der Ferienzeit) beziehungsweise 5 x 3 Tage (Wochenendsettings). Vier bis acht Jugendliche bilden jeweils eine Gruppe, die möglichst heterogen sein sollte. Dabei „sind auch Jugendliche mit anderen Lebenswegen, zum Beispiel Gymnasiastinnen und Gymnasiasten oder junge Studentinnen und Studenten mit jugendkulturellen Interessen wie Graffiti, Musikmachen, Streetsoccer oder youtubing. Das sind unsere Elemente, über die wir eine Verbindung aufbauen“, erzählt Peer Wiechmann. Und das ist der Knackpunkt bei den Trainings: „Man kriegt die Jugendlichen über ihre Jugendkultur“. So könne man eine Verbindung herstellen: „Jugendkulturen sind international. So kommen wir mit den Jugendlichen in die Diskussion“, erklärt Peer Wiechmann. „Wir skaten nicht nur, sondern vermitteln, wie das Skaten eigentlich entstanden ist. Oder wir erzählen, wo der HipHop herkommt. Und fragen dann: Was hat das mit deiner Szene zu tun, die nicht selten mit weißem Rassismus und viel Sexismus einhergeht? Dadurch können Jugendliche, die extremistische Einstellungen aus ihrer Jugendkultur ziehen, sehen, dass es dort immer auch andere Einstellungen gibt.“

„Jugendkulturen sind international. So kommen wir mit den Jugendlichen in die Diskussion“

„Wir sind im Vorfeld tätig, ein Stückweit Prävention, gepaart mit viel Intervention auf der Beziehungsebene.“

Peer Wiechmann



Foto: Cultures Interactive, Jugendkulturarbeit, Fotocredit cultures interactive e.V.

Denn bei den jungen Menschen habe man es, vor allem, wenn sie aus dem ländlichen Raum kämen, oft mit Einstellungen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu tun, mit einer Tendenz zu rechtsextremen Einstellungen. Peer Wiechmann: „Die Trainings finden thüringenweit statt. Schon so können die Jugendlichen Grenzen überwinden; das ist manchmal einfach schon die Ortsgrenze, die viel Überwindung kostet.“

Drei Teamerinnen und Teamer leiten das Training, immer sind ein politischer Bildner bzw. eine politische Bildnerin und ein Gruppentherapeut bzw. eine Gruppentherapeutin sowie eine jugendkulturelle Kraft dabei. Es wird nur methodisch-reflexiv gearbeitet, „mit viel Selbsterfahrung, der Reflexion eigener Herkunft und Haltung, meines Seins, meiner Meinung und der Meinung der anderen und den daraus resultierenden Konflikten“, erläutert Peer Wiechmann.

Wie geht es nach den Trainings weiter? Peer Wiechmann: „Zum einen sind von Anfang an nahe Bezugspersonen wie die Eltern mit in das Training eingebunden, auch sie erfahren ihr Kind neu. Zum anderen sind zwei reguläre Nachtreffen geplant, eines mit der Gruppe und eines einzeln. Danach wird die oder der Jugendliche, insofern sie oder er noch in staatlichen Bezügen beim Jobcenter, Jugendamt

o.ä. steht, über das DisTanZ-Zentrum „nachbetreut“. Wir bleiben an den Personen dran, aber natürlich gibt es Grenzen. Gemeinsam mit dem Jugendamt haben wir eine ämterübergreifende Kooperation mit Jobcentern, Polizei, Schulen und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit – dem sogenannten DisTanZ-Zentrum. Der Fall wird hier verantwortungsvoll an die nachbetreuenden Organisationen übertragen. Dadurch versuchen wir, diesen Trainings eine Nachhaltigkeit zu geben.“

Aus den bisherigen Einzel- und Gruppentrainings gab es überwiegend positive Rückmeldungen „und zumindest in den Gruppen keine vorzeitigen Abbrüche. Das ist ein sehr gutes Zeichen, angesichts der erschütternden Multiproblemlagen dieser Jugendlichen sozusagen aus der Mitte unserer doch eher gut situierten Gesellschaft“, betont Peer Wiechmann. Das Modellprojekt läuft noch bis 2019. Schon jetzt findet es sich in den Regelstrukturen der Hilfen zur Erziehung wieder und hat damit einen wichtigen Schritt zum finanziellen Erhalt nach der Modellprojektphase bereits getan.

„Zum einen sind von Anfang an nahe Bezugspersonen wie die Eltern mit in das Training eingebunden,...“



„Ich will die Teilnehmenden zum Nachdenken bringen über ihre eigenen Haltungen und Meinungen....“

Christin Voigt

„Ich will die Menschen erreichen“

Die Fortbildungsveranstaltungen:

Ein Weiterbildungsangebot des Landesprogramms

„Ich will die Teilnehmenden zum Nachdenken bringen über ihre eigenen Haltungen und Meinungen. Denn wenn ich denke, alle Ausländer sind potentielle Kriminelle, dann gehe ich mit dieser Haltung auf die Menschen zu“, sagt Christin Voigt von toolpool. Sie bietet Seminare in den Bereichen „Förderung von Vielfalt und Toleranz, Interkulturelle Öffnung, interkulturelles und internationales Lernen“ und „Stärkung der Demokratie und der demokratischen, menschenrechtsorientierten Alltagskultur“ an. Zu ihren Zielgruppen zählen neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung auch Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und

Polizisten sowie Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen. Christin Voigt gehört seit 2013 zu den Trägern, in der Regel Bildungsträger und Vereine, die Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Thüringer Landesprogramms anbieten. Die Angebote werden durch erfahrene Träger umgesetzt, deren Konzepte für die Fortbildungsbausteine zuvor durch das „Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport“ zertifiziert wurden. So meint auch Christin Voigt: „Wir haben alle viele Jahre Berufserfahrung, sowohl inhaltlich als auch methodisch. Nur die Bausteine, die auch zertifiziert sind, werden von uns genutzt, die Qualität ist sehr hoch“.

Durch die sehr unterschiedlichen Zielgruppen haben die Fortbildungen von Christin Voigt unterschiedliche Ausrichtungen: „Zum Beispiel haben Fachkräfte, die mit minderjährigen Geflüchteten arbeiten, einen pädagogischen Anspruch in ihrer Arbeit. Zurzeit gilt es, sich mit dem Thema neue und alte Heimat auseinanderzusetzen. Polizistinnen und Polizisten haben einen ganz anderen Blick: Sie werden bei Konflikten in Gemeinschaftsunterkünften gerufen und müssen mit sehr komplexen kulturellen Überschneidungssituationen umgehen können. In der Verwaltung wiederum stellt sich die Frage, wie man Abläufe und Strukturen interkulturell öffnen kann. Ich reagiere flexibel auf die jeweilige Zielgruppe und ihre Bedürfnisse“.

Das Minimum in den Fortbildungen, die das Landesprogramm anbietet, sind zwölf Teilnehmende. Christin Voigt: „15 Teilnehmende haben sich als eine sehr geeignete Gruppengröße erwiesen. Je größer die Gruppe ist, desto stiller werden die Leute. In kleineren Gruppen passiert auch wirklich was mit den Teilnehmenden, man öffnet sich leichter“.

Das Sich-Öffnen passiert bei Christin Voigt über interaktive Methoden und Übungen: „Besonders in den inter- und transkulturellen Fortbildungen erreiche ich die Menschen meistens nicht mit dem Kopf, nicht auf intellektueller, sondern auf emotionaler Ebene, mit dem Herzen. Ich möchte die Herzen öffnen“.

Nur so kämen die Teilnehmenden ins Nachdenken. Christin Voigt: „Das möchte ich erreichen. Sie sollen sehen, es gibt andere Lebenswelten, die genauso ihre Richtigkeit und Berechtigung haben. Ich möchte zum Nachdenken anregen“.

2016 fanden beim Landesprogramm 267 Bildungstage mit 3.964 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Die häufigsten Buchungen kamen von Kindertagesstätten, Schulen, der Jugendhilfe, der Polizei, der Verwaltung und von Vereinen, meistens im Themenbereich Interkulturelle Öffnung, gefolgt von Rechtsextremismus. Das Angebot wird thüringenweit genutzt, im Jahr 2016 beispielsweise in Erfurt 161 Mal, im Landkreis Gotha 53 Mal und im Saale-Orla-Kreis 40 Mal. Es werden keine Teilnahmegebühren erhoben. Am Ende jeder Fortbildung erhalten die Teilnehmenden eine Teilnahmebescheinigung. Alle Angebote sind auf der Denk-Bunt-Website abruf- und buchbar.

Die Fortbildungen dauern jeweils sechs Stunden. „Wir werden angefragt und kommen vor Ort“, ergänzt Christin Voigt. Jede Übung, die die Teilnehmenden durchlaufen, unterteilt sich in eine Aktivitäts-, Reflexions- und Transferphase. Nach der spielerischen Auseinandersetzung mit dem Thema folgt also eine Phase, in der sich

die Teilnehmenden über die Übung und ihre Beobachtungen und gewonnenen Erkenntnisse austauschen. Christin Voigt: „Die Diskussion, wie andere die Übung

erlebt haben und was ihnen für Gedanken kommen, hat eine ganz große Kraft. Dabei bin ich mehr Moderatorin, denn die Diskussion untereinander ist das für mich Entscheidende. Verfestigen sich Vorurteile und diskriminierende Einstellungen in der Diskussion, greife ich ein und stelle antidiskriminierende Denk- und Handlungsweisen vor. Dabei nehme ich die Menschen, in bestimmten Grenzen, in ihren Ängsten ernst. Das ist der Ausgangspunkt für ein Gespräch in der Gruppe und dafür, das Thema aus einem anderen Blickwinkel, einer anderen Perspektive, einer anderen Sichtweise zu betrachten“.

Schließlich folgt bei den Fortbildungsveranstaltungen von Christin Voigt die Transferphase, durch die eine Verbindung zum eigenen Erleben und dem beruflichen Wirkungsfeld hergestellt wird.

„Die Rückmeldung nach den Veranstaltungen ist in der Regel positiv. Viele Teilnehmende sagen, dass sie nun die Situation der Geflüchteten besser verstehen und sich in sie hineinversetzen können“, meint Christin Voigt.

Für das Landesprogramm Denk Bunt füllen die Teilnehmenden Fragebögen aus. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer bedanken sich bei der Beantwortung dieser Evaluationsfragen bei den Trainerinnen und Trainern. Auch Christin Voigt erzählt: „Hier werden vor allem die Methoden gelobt, die lockere Atmosphäre, die hilfreichen Praxisbeispiele“.

Beginnt nach den Fortbildungen wieder der Alltag, geht allzu oft das Gelernte in der Gewohnheit unter. Hier bietet das Landesprogramm die Möglichkeit, im Nachgang eine Prozessbegleitung wahrzunehmen. „Da kommen wir als Träger wieder vor Ort, um noch einmal mit der Gruppe zu arbeiten. Dabei greifen wir uns Alltagssituationen heraus und schauen, welches Verhalten in einer bestimmten Situation am ehesten zielführend ist. Wir begleiten auf diese Weise die Praxis, den Berufsalltag der Teilnehmenden“, erklärt Christin Voigt. Und sie ergänzt: „Ich denke, wir können nicht in einer Gesellschaft leben, die intolerant, diskriminierend und antidemokratisch ist. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der jede und jeder das Recht hat, sich frei nach ihren oder seinen Bedürfnissen und Wünschen zu entfalten“ – ein Appell, den auch das Landesprogramm unterschreibt.

„Viele Teilnehmende sagen, dass sie nun die Situation der Geflüchteten besser verstehen...“



Demokratie beginnt im Kleinen. In der Familie, im Kindergarten, in der Schule, im eigenen Umfeld und nicht zuletzt im Wohnort. Herrscht hier ein Klima der demokratischen Vielfalt und Toleranz vor, fühlen sich die Menschen angenommen und es profitieren im Idealfall alle davon. Doch es gibt Orte in Thüringen, in denen es besonders schwer ist, solch ein Klima zu schaffen. Kahla, eine typische Thüringer Kleinstadt, gelegen im mittleren Saaleetal am Fuße der Leuchtenburg, ist einer davon. Hier leben knapp 7000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das Problem: „Es gibt hier eine starke extrem rechte Szene, die mit neonazistischen Strukturen weit vernetzt ist. Diese Szene tritt, teils militant, mit Anspruch auf Vormachtstellung in der Öffentlichkeit auf. Andersdenkende Menschen werden ausgegrenzt, bedroht, es gibt Schmähschriften gegen sie oder auch Böllerwürfe nachts vor ihrem Haus. Das geht soweit, dass Leute schon zum Wegziehen gezwungen wurden. Es gibt zu wenig Gegenhaltung und keine nachhaltige Grenzziehung gegen diese Umtriebe. Also muss man für die Perspektive von Betroffenen rechter Gewalt sensibilisieren und positive Akzente für Zivilcourage setzen“, erzählt Michael Schaffhauser, Koordinator der Partnerschaft für Demokratie im Saale-Holzland-Kreis.

Die Partnerschaften für Demokratie oder die Lokalen Aktionspläne sind lokale oder regionale Konzepte zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Bekämpfung von Extremismus. Kommunen und en-

gagierte Bürgerinnen und Bürger entwickeln gemeinsam Strategien gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort und setzen sie in Aktionen und Projekte um.

So gibt es in Kahla seit einigen Jahren den Demokratieladen inmitten der Stadt, Raum für alle Bürgerinnen und Bürger Kahlas, die sich für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit stark machen wollen. Er entstand „aus der Notwendigkeit, einen Ort der Unterstützung für demokratiestarkes Verhalten hier in der Stadt zur Verfügung zu stellen“, so Schaffhauser. „Zuvor war der Treff einer kleinen Initiative, die sich gegen den Thüringentag der nationalen Jugend, der 2013 in Kahla stattfand, aussprach, angegriffen worden. Im April 2013 wurde der Demokratieladen feierlich eröffnet. Und schon in der Nacht danach wurde die Scheibe eingeschlagen“, erzählt Michael Schaffhauser weiter.

„positive Akzente für Zivilcourage setzen“

Auch einen Brandanschlag hat der Laden schon hinter sich. Das war erst 2016. Und nur durch Glück griffen die Flammen nicht über. Dennoch: „Der Demokratieladen ist und bleibt eine Plattform für vielfältige Aktivitäten als ein Schaufenster für Demokratie und als Zeichen, nach innen und nach außen“. Michael Schaffhauser: „In Kahla sind ja nicht alle rechts, auch wenn aus der rechten Szene heraus immer wieder versucht wird, national-völkische Parolen in den Vordergrund

Die fabelhafte Welt der Demokratie

Demokratie beginnt im Kleinen

zu spielen, etwa indem Hetzflyer verteilt werden oder indem versucht wird, mit Drohgebärden Einschüchterung zu erzeugen“.

Bei den Partnerschaften für Demokratie arbeiten die Kommune und die lokalen Akteurinnen und Akteure eng zusammen. So gibt es einen Begleitausschuss aus kommunalen Vertretern und Vertreterinnen sowie Vertretern und Vertreterinnen aus der Zivilgesellschaft. Diese erarbeiten eine Strategie gegen rechtsextreme oder anderweitig demokratiefeindliche Tendenzen vor Ort. Für die Umsetzung dieser Strategie stehen Mittel für Einzelprojekte und –maßnahmen von Vereinen, Verbänden, Institutionen etc. zur Verfügung. Über die Förderung der Projekte entscheidet der Begleitausschuss im Sinne der zuvor erarbeiteten Strategie. Wenn also ein Bürger oder eine Bürgerin eine innovative Idee hat, kann die Partnerschaft für Demokratie beratend und fördernd zur Seite stehen. Ziel ist die Etablierung einer langfristigen und kontinuierlichen Arbeit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten.

Der Demokratieladen in Kahla ist montags zwischen 14 und 19 Uhr und donnerstags zwischen 10 und 16 Uhr sowie nach Absprache offen. Es gibt verschiedenste Veranstaltungen, auch außerhalb des Ladens selbst: Lesungen, Ausstellungen, Filmabende, Workshops. „Unsere Kernaufgabe ist es, einen offenen Raum, auch einen Schutzraum, zu bieten. Eine wesentliche Zielgruppe sind junge Menschen. Jugendliche nehmen diesen Raum an, sie kommen, um sich zu treffen, zu kickern, zu basteln und zu reden“, erzählen Michael Schaffhauser und Philipp Spröte, der Projektmitarbeiter im Demokratieladen ist.

So fand beispielsweise im Frühjahr 2017 ein Aktionsmonat zum Thema Angsträume in Kooperation mit ezra statt. Es gab eine Ausstellung über Opfer rechter Gewalt, eine Podiumsdiskussion und Aktionstrainings zur Selbstbehauptung.

Ein anderes Projekt ist ein Graffiti-Workshop, an dem ein Dutzend Schülerinnen und Schüler teilnehmen. In Kooperation mit dem Bauamt und dem Energieversorger der Stadt verzieren die Jugendlichen Stromkästen und gestalten so ihre Stadt bunt mit.

Ein weiteres Projekt im Demokratieladen ist die Bürgerzeitung

„Margarethe“, die zweimal pro Jahr an die Kahlaer Haushalte verteilt wird. Sie wird von einer Akteursgruppe aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt herausgegeben, „weil es hier in Kahla notwendig ist, eigene Medien aufzubauen“, erklärt Michael Schaffhauser. „Es ist schwer, sich überhaupt Gehör zu verschaffen“, ergänzt er. Mit der Bürgerzeitung habe die Gruppe eine Möglichkeit, sich mitzuteilen. „Es geht darum, auch nach außen Haltung zu zeigen. Ein Forum, das sagt, wir thematisieren das, was hier passiert. Die Akteursgruppe versteht sich als eine Stimme, die zeigen will, dass es in Kahla durchaus Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für Demokratie einsetzen. Die zeigen will, dass Kahla nicht nur das ist, was nach außen dringt, heißt, eine Hochburg der rechten Szene“, fügt Philipp Spröte hinzu.

Das neueste Projekt ist die Kampagne „Neues aus der fabelhaften Welt der Demokratie“. Das Wortspiel hat etwas Fröhliches, etwas Spielerisches und Leichtes, aber es klingt auch unerwartet und macht neugierig. So ist es wohl gedacht – Demokratie und Vielfalt sind keine Last, sondern können Spaß machen, auch, wenn das Umfeld, in dem dies geschieht, noch so bedrohlich ist. Mithilfe der Partnerschaften für Demokratie können Akteurinnen und Akteure überall in Thüringen ihre Ideen in ein konkretes Engagement umsetzen.

„Unsere Kernaufgabe ist es, einen offenen Raum, auch einen Schutzraum, zu bieten“



„Zu den zentralen Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihr Recht auf Unversehrtheit.“



Herausgeber

Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend und Sport
Postfach 900463
99107 Erfurt

Tel.: +49 361 379-00
Fax: +49 361 379-4690

poststelle@tmbjs.thueringen.de
www.thueringen.de/th2/tmbjs

Verantwortlich
Frank Schenker, Pressesprecher

Redaktion
Carmen Fiedler

Satz und Gestaltung
Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt

Stand
Erfurt, Dezember 2017

gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier